

Überregionaler Pressespiegel 13.02.2012

Berliner Umschau | 13.02.2012

Dresden: 13. Februar bis späten Nachmittag ohne Zwischenfälle

Die Dresdner Polizei hat am Nachmittag ein erstes Fazit der diversen Demonstrationen am heutigen Jahrestag der Bombardierung der Stadt am Ende des Zweiten Weltkriegs gezogen. Den Behörden zu Folge war es zumindest bis 17:00 Uhr ruhig geblieben.

Heute Nachmittag, zwischen 15.00 Uhr und 16.00 Uhr, fand die öffentliche Gedenkveranstaltung der Landeshauptstadt Dresden auf dem Heidefriedhof statt. Es kam zu keinen Störungen. Nach dem Ende der Veranstaltung sammelten sich etwa 40 Personen vor dem Heidefriedhof und meldeten sich und meldeten sich lautstark zu Wort.

Am frühen Nachmittag, gegen 13.30 Uhr, startete die Veranstaltung "Täterspuren" mit etwa 1.000 Menschen auf dem Comeniusplatz. Anschließend begaben sich die Teilnehmer in Richtung Stadtzentrum. Dem Aufzug schlossen sich immer mehr Menschen an. Die Versammlung endete gegen 16.35 Uhr an der Blüherstraße mit einer Abschlusskundgebung und rund 2.500 Teilnehmern. Die Veranstaltung verlief friedlich.

Im Bereich der Freiburger Straße Ecke Ammonstraße halten sich gegenwärtig mehrere hundert Personen auf. Sie verhalten sich friedlich. Eine Kundgebung wurde angemeldet. Die Polizei ist vor Ort und sichert die Versammlung ab.

Die Polizei hat die Durchlassstellen im Kerneinsatzbereich eingerichtet. Somit können Anwohner und Gewerbetreibende an der Unterführung Rosenstraße sowie an der Liliengasse Ecke Weinligstraße die Polizeiabsperungen passieren.

Im Zuge der Einsatzmaßnahmen kam es bereits zu kurzzeitigen Straßensperrungen im Stadtzentrum. Davon betroffen waren unter anderem der Pirnaische Platz und die Grunaer Straße. Darüber hinaus ist die Ammonstraße veranstaltungsbedingt voraussichtlich längere Zeit gesperrt worden.

<http://www.berlinerumschau.com/news.php?id=44031&title=Dresden%3A+13.+Februar+bis+sp%E4ten+Nachmittag+ohne+Zwischenf%E4lle&storyid=1001329152158>

ähnliche Artikel:

Leipziger Volkszeitung

<http://www.lvz-online.de/nachrichten/topthema/dresden-gedenkt-am-13-februar-opfern-des-bombenangriffs--zeichen-gegen-rechtsextremismus/r-topthema-a-125112.html>

Blockaden, Prozesse, Handygate

Die Nachwirkungen des Dresdner Aufmarsches von 2011

Am 13. Februar 1945 begannen die Luftangriffe auf Dresden. Ein Datum, das seit Jahren die Neonaziszene missbraucht, um zu mobilisieren. Jahrelang kam es rund um dieses Datum zu den größten Neonaziaufmärschen europaweit. Gegendemonstrationen konnten wenig ausrichten. Dann griffen die Neonazigegner wirkungsvoll zum Mittel der Blockade.

"Im letzten Jahr war die Situation so, dass bei Kältetemperaturen wir vor Wasserwerfern standen und ich dann gesagt habe: Wir müssen als Abgeordnete uns auch schützend vor die Leute stellen, die hier blockieren wollen, weil ansonsten vielleicht Wasserwerfer eingesetzt werden."

Für den sächsischen SPD-Vorsitzenden Martin Dulig war es - wie für Tausende andere Demonstranten - ein Akt des zivilen Ungehorsams und eine moralische Verpflichtung. Da jedoch Sitzblockaden von der sächsischen Justiz als Straftat geahndet werden, brachte es ihm und etwa 200 anderen Blockierern ein Strafverfahren ein:

"Was in den Tagen und Wochen nach dem 19. Februar des letzten Jahres abgegangen ist, das war besonders schlimm, weil dann eingeteilt wurde, wer ein guter Demokrat ist, wer ein schlechter Demokrat ist. Es wurde eingeteilt, wer richtig demonstriert hat und wer falsch demonstriert hat.

Wir wurden alle in die Ecke gestellt, als seien wir diejenigen gewesen, die Steine geworfen haben, Brandsätze geworfen haben. Wir wurden mit den Gewalttätern in eine Ecke gestellt. Das halte ich für skandalös, wie wirklich Tausende friedliche Protestierer dort kriminalisiert werden."

Etwa 70 der 200 Personen haben das Angebot der Justiz angenommen, das Verfahren gegen die Zahlung einer Geldauflage einzustellen. Unter ihnen ist auch Martin Dulig. Er hat 700 Euro bezahlt. Demokratiestrafe nennt er es. Neben der massiven Verfolgung friedlicher Demonstranten sind die sächsischen Behörden zudem in die Kritik geraten, weil sie mehr als eine Million Mobilfunkdaten erhoben hatten.

Justiz und Polizei rechtfertigen die Maßnahme damit, so Straftäter erfolgreicher ermitteln zu können. Davon betroffen waren aber auch friedliche Demonstranten, Anwälte, Abgeordnete, Journalisten, Vertreter der Kirche und völlig unbeteiligte Bürgerinnen und Bürger.

Der sächsische Datenschutzbeauftragte bewertete diese größte Funkzellenabfrage in der Geschichte der Bundesrepublik später in einem Untersuchungsbericht als unverhältnismäßig. Dennoch sind immer noch die Daten von 54.000 Personen gespeichert. Die meisten wissen nicht einmal, dass damit ermittelt wird.

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1675824/>

Deutschland Radio | 13.02.2012 | Katrin Heise

Dresdener haben „das Recht, sich auf die Straße zu setzen“

Sächsischer Landtagsabgeordneter über den Kampf um das Gedenken an die Bombardierung Dresdens 1945

Johannes Lichdi im Gespräch mit Katrin Heise

Der Grünen-Abgeordnete im sächsischen Landtag Johannes Lichdi wünscht sich, dass die Polizei die Grundrechte gerade auch der Gegendemonstranten gegen die Nazis unterstütze. So sei eine Blockade eine Grundrechtsausübung, die unter dem Schutz des Grundgesetzes stehe.

Katrin Heise: Auch am heutigen 13. Februar wird mit Fackelzügen von Neonazis in Dresden gerechnet. Im vergangenen Jahr waren es mehrere Tausend, die das Gedenken an die Bombenangriffe auf Dresden für einen Großauftrag missbrauchten. Dagegen protestierten ebenfalls mehrere Tausend Gegendemonstranten, auch mit Sitzblockaden. Wie bereits ein Jahr zuvor verhinderten sie damit den Zug der Rechtsextremen. Über die Konsequenzen die Neonaziblockierer zu tragen hatten berichtet die Journalistin Claudia Altmann.

Der Grünen-Abgeordnete im sächsischen Landtag Johannes Lichdi ist gleichzeitig Rechtsanwalt und hat in der Bürgerrechtsorganisation Grundrechtekomitee einen Bericht zu diesen Vorfällen herausgebracht. Herr Lichdi, ich grüße Sie, guten Morgen!

Johannes Lichdi: Guten Morgen aus Dresden!

Heise: Sie haben in der sogenannten unabhängigen Kommission mitgearbeitet und verfolgen auch parlamentarisch die Aufarbeitung des letzten Jahres. Wie viele Verfahren laufen denn eigentlich noch aufgrund der Vorfälle der Blockaden im vergangenen Jahr?

Lichdi: Die letzte Berichterstattung des Justizministers im Rechtsausschuss letzte Woche hat erbracht, dass 462 Verfahren, also gegen 462 Personen, eingeleitet wurden. Von denen laufen ungefähr noch knapp 400.

Heise: Warum eigentlich wird gegen Blockierer in dieser Form vorgegangen? Ist Blockade denn kein legitimes Demonstrationsmittel? Da unterscheidet sich Sachsen von anderen Bundesländern, oder?

Lichdi: Das ist richtig. Diese massive Verfolgung nach Paragraph 21 des Versammlungsgesetzes ist wohl einzigartig in Deutschland. Also, uns sind keine weiteren Fälle und schon gar nicht in dieser Masse bekannt geworden. Die Staatsregierung und die sächsische Staatsanwaltschaft in Dresden unterliegt hier meines Erachtens einem Rechtsirrtum, sie geht nämlich davon aus, dass eine friedliche Platzbesetzung, wie man eine Blockade vielleicht besser nennen kann, dass das auch keine Grundrechtsausübung ist.

Tatsächlich ist es aber eine Grundrechtsausübung, die unter dem Schutz des Artikel acht des Grundgesetzes steht. Denn jeder Bürger hat das Recht, das Thema seiner Versammlung selbst zu wählen und auch den Ort zu wählen, an dem er dieses Thema zum Ausdruck bringen möchte. Und hier wollten eben die Dresdnerinnen und Dresdner gegen den Nazi-Aufmarsch protestieren und deswegen haben sie auch das Recht, sich auf die Straße zu setzen. Allerdings sieht die Staatsanwaltschaft Dresden von vornherein

jedes Sich-Begeben auf eine Straße als Straftat an und verweigert eben von vornherein den Schutz des Artikels acht. Und das ist auch mit der Rechtsprechung, soweit ich sie sehe, nicht vereinbar.

Heise: Darüber wird ja wahrscheinlich auch noch verhandelt in Dresden, im Landtag. Sagen Sie, Sie haben jetzt von friedlichen Gegendemonstrationen gesprochen. Es wurde aber nicht nur friedlich demonstriert, es kam ja auch zur Ausschreitung.

Lichdi: Ja, es kam leider zu Ausschreitungen und die Ausschreitungen haben dem Bündnis Dresden Nazifrei wohl am meisten geschadet in der öffentlichen Wahrnehmung. Allerdings kam es bei den Platzbesetzungen oder bei den Blockaden eben gerade nicht zu Ausschreitungen oder zu Gewalttätigkeiten, dort kam es eben nicht zu Steinwürfen auf die Polizei oder, dass Barrikaden angebrannt wurden. Das war alles außerhalb der Platzbesetzungen.

Und genau darin besteht eben diese öffentliche Kriminalisierung, dass eben maßgebliche Kreise der Staatsregierung so tun, als ob eben die friedlichen Platzbesetzer identisch wären und der gleiche Personenkreis wäre wie die, die tatsächlich Gewalt ausgeübt haben.

Heise: Also ist immer wieder zu lesen und man kann durchaus wahrscheinlich davon sprechen, dass Blockierer kriminalisiert werden. Die ganze Sache hat ja noch einen anderen Aspekt, wie wir auch gerade gehört haben, diese Tausende von Handydaten, die sogenannte Funkzellenabfrage, die erhoben wurde: Der sächsische Datenschutzbeauftragte hat das bemängelt, ist dafür teilweise ... Er hat das für rechtswidrig erklärt und wurde dafür hart angegangen, es gab sehr viel Streit und Kontroverse. Man wird das Gefühl irgendwie nicht los, dass da Demokraten gegen Demokraten kämpfen und die Rechtsextremen dabei aus den Augen verloren werden?

Lichdi: Ja, den Eindruck kann man tatsächlich bekommen. Wir würden uns natürlich wünschen, dass die Staatsregierung und die Polizei die Grundrechtsausübung gerade auch der Gegendemonstranten gegen die Nazis unterstützt. Das ist auch ihre Rechtspflicht. Andererseits hat man aber den Eindruck, dass die Staatsregierung möglicherweise lieber einen Nazi-Aufmarsch erträgt als die Gegenaktion dazu zu unterstützen.

Allerdings muss man auch sagen, dass sich in diesem Jahr aufgrund des öffentlichen Drucks auch gerade aus Dresden, aber auch aus ganz Deutschland, die Position der Staatsregierung und der Polizei leicht verändert hat: Jetzt wird das Grundrecht auf Protest in Sicht- und Hörweite nicht mehr abgestritten, sondern Herr Ministerpräsident Tillich und Innenminister Ulbig rufen sogar dazu auf. Das wäre vor einem Jahr noch undenkbar gewesen.

Heise: Sie rufen vor allem zu dieser Menschenkette auf.

Lichdi: Sie rufen zu der Menschenkette auf, wie wir Grüne auch, wie alle politischen Parteien auch. Aber sie bekennen sich jetzt auch zum Recht der Gegendemonstranten auf Protest in Sicht- und Hörweite. Und das sollte ja in den letzten Jahren durch dieses unsägliche Trennungsgebot ja gerade verhindert werden, als die Polizeistrategie darauf ausgerichtet war, alle gegen, Antinazis nördlich der Elbe und die Nazis dann südlich der Elbe in der Innenstadt. Und dieses fatale Trennungskonzept war ja nach dem Ergebnis der Untersuchungskommission massiv mit ursächlich für die Ausschreitungen, die dann

tatsächlich stattgefunden haben.

Heise: Mit dem sächsischen Landtagsabgeordneten der Grünen Johannes Lichdi spreche ich über die rechten Aufmärsche in Dresden jedes Jahr am 13 Februar, am Tag der Bombardierung Dresdens, und die Schwierigkeiten der Gegendemonstranten. Wenn ich Sie richtig verstehe, Herr Lichdi, sind diese Schwierigkeiten jetzt für dieses Jahr ein bisschen eingedämmt, das heißt, man ist aufeinander zugegangen. Wird die Gegendemonstration deswegen weniger eingeschränkt sein können?

Lichdi: Ich kann tatsächlich ein Aufeinander-Zugehen erkennen. Nachdem zunächst der Polizeipräsident Kroll von Dresden gesagt hat, ich werde auch bei Minustemperaturen Wasserwerfer einsetzen, klang das am Sonnabend in der Zeitung schon etwas anders. Also, hier sehe ich durchaus ein Bemühen auch der sächsischen Polizei, zu deeskalieren. Allerdings müssen wir den heutigen Tag abwarten, ob wir dem vertrauen können oder nicht.

Heise: Wie haben Sie denn die Debatte im Landtag verfolgt darüber? Ich habe ja erwähnt, dass beispielsweise der Datenschutzbeauftragte scharf angegangen worden ist für seine Kritik beziehungsweise für die Äußerung, dass die Handy-Datenerhebung unrechtmäßig gewesen sei. Also, gerade also ... Die Diskussion, mit wie viel Augenmaß ist sie geführt worden?

Lichdi: Wir unterstützen natürlich den sächsischen Datenschutzbeauftragten in seiner Analyse. Es ist vollkommen richtig, dass natürlich diese flächendeckende Funkzellenabfrage absolut unverhältnismäßig und rechtswidrig war. Nach allem, was wir wissen, ist es auch eine der größten Funkzellenabfragen, die jemals in Deutschland an einem Tag stattgefunden haben. Wir müssen damit rechnen, dass die gesamte Südvorstadt Dresden, also ein gesamtes Stadtgebiet, über neun Stunden hinweg alle Verkehrsdaten erhoben wurden. Also nicht nur die Verkehrsdaten der Platzbesetzer oder auch der Gewalttäter oder auch der friedlichen Demonstranten, sondern ganz normaler Anwohner, die mit der Demonstration überhaupt nichts zu tun hatten.

Man wollte einen möglichst hohen Datenberg kreieren, um dann mit diesem nachrichtendienstlichen Auswertesystem eFAS - elektronisches Fallanalysesystem heißt das, das kommt aus den Geheimdiensten - eben Sozialprofile zu erstellen. Das ist meine Überzeugung. Man hat hier im Grunde eine Rasterfahndung mit anderen Mitteln versucht und das ist natürlich eine Form der elektronischen Überwachung gerade von Versammlungen, die ja unter dem Grundrechtsschutz stehen, die also offensichtlich rechtswidrig ist. Und ich bedaure sehr, dass sich die Staatsregierung und die Staatsanwaltschaft bisher noch nicht zu dieser Erkenntnis haben durchringen können.

Heise: Man liest in dem Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen die Gegendemonstranten in Sachsen immer wieder von einem sächsischen Problem, von einem Obrigkeitsstaatsvorwurf. Würden Sie den unterstützen?

Lichdi: Das ist dieser Begriff der sächsischen Demokratie, den Wolfgang Thierse geprägt hat. Es ist natürlich ein sehr grobschlächtiger und unscharfer Begriff, aber ich glaube, er meint schon etwas Richtiges. Es sind hier Dinge einfach in den letzten Jahren vorgefallen in Sachsen, nicht nur im Zusammenhang mit dem 13. Februar, sondern auch beispielsweise bei der Verfolgung von Journalisten - ich sage mal das Stichwort Sachsensumpf oder auch bei anderen Fällen -, wo man sich schon fragt, ist denn die Staatsanwaltschaft tatsächlich unabhängig oder vollführt sie denn doch im Grunde die

Interessen einer einzelnen Partei, deren Herrschaftsinteressen? Da gibt es einfach viele, viele Vorgänge, die kann man als normal, im normalen Bereich noch interpretieren. Allerdings, in ihrer Häufung geben sie mir schon zur Sorge Anlass.

Heise: Und die diesjährigen Februartage wird man in der Hinsicht wieder beobachten müssen. Der Grünen-Abgeordnete Johannes Lichdi, Rechtsanwalt und in der Bürgerrechtsorganisation Grundrechtekomitee tätig. Vielen Dank, Herr Lichdi, für dieses Gespräch!

Lichdi: Bitte, gern geschehen!

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1675904/>

FAZ | 13.02.2012 | Jasper von Altenbockum

In Dresden und anderswo: der 13. Februar

Manche werden aus der Geschichte nicht klug: Dresden hätte etwas Besseres verdient als einen „Chaostag“ am 13. Februar.

Der 13. Februar hat sich zu dem Tag entwickelt, an dem in fast jedem deutschen Haushalt der Bombenopfer gedacht wird. Gerade Dresden hätte deshalb etwas Besseres verdient als einen „Chaostag“, wie ihn der Pfarrer der Frauenkirche am Montag nannte.

Das Chaos richten linke wie rechte Extremisten an, die nicht erkennen können, dass die Blindheit ihrer Ideologie genau das bewirkt, was jene Kriegstage gebracht hatten.

Es ist eine - glücklich will man sie nicht nennen - Fügung deutscher Geschichte, dass der Tag, der die Erinnerung an die verheerenden Bombenangriffe wachhält, schon deshalb auch das Gedenken an Diktatur, Ideologie und Militarismus in sich trägt, weil er noch zu DDR-Zeiten aus der Mitte einer systemkritischen Bürgerschaft erfunden wurde.

Das Denken in Ursache und Wirkung setzte sich im wiedervereinigten Deutschland mit der Pflege der Versöhnung fort. Niemand wollte sich in Dresden oder anderswo die naive Vorstellung nachsagen lassen, vom 13. bis zum 15. Februar 1945 sei die Katastrophe über eine unbefleckte Idylle hereingebrochen - oder sei als „Strafe“ gerechtfertigt.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/harte-bretter/harte-bretter-in-dresden-und-anderswo-der-13-februar-11648151.html>

FOCUS online | 13.02.2012

Dresden will sich am Gedenktag gegen Neonazis wehren

Dresden gedenkt heute der Opfer der Bombenangriffe auf die Stadt vor 67 Jahren. Zugleich wollen sich Einwohner und Angereiste gegen einen abendlichen Fackelmarsch von Rechtsextremisten zur Wehr setzen. Große Leinwände und Plakate in der Innenstadt fordern seit Tagen deutlich sichtbar zur friedlichen Gegenwehr auf. Dazu haben mehrere Parteien, Kirchen und Verbände auch bundesweit aufgerufen. Tausende Menschen werden in der Stadt erwartet, die am 13. und 14. Februar 1945 durch englische und US-amerikanische Bomber in Schutt und Asche gelegt worden war.

Der Tag beginnt mit zahlreichen Veranstaltungen auf Friedhöfen und in Kirchen. Am Nachmittag (15.00 Uhr) wird offiziell der etwa 25 000 Toten gedacht. Auf dem Heidefriedhof, der letzten Ruhestätte vieler Bombenopfer, werden weiße Rosen niedergelegt. Um 17.00 Uhr soll dann eine Menschenkette um die Altstadt gebildet und eine Stunde später unter Geläut der Kirchenglocken für 15 Minuten geschlossen werden.

In die Kette werden sich unter anderen Oberbürgermeisterin Helma Orosz und Regierungschef Stanislaw Tillich (beide CDU) einreihen. Erwartet werden auch die Grünen-Politiker Claudia Roth, Cem Özdemir, Renate Künast und Jürgen Trittin, der Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) sowie die Linke-Bundesvorsitzende Gesine Löttsch.

Bis in die Nacht hinein gibt es in den Kirchen der Stadt Gelegenheit zum stillen Gedenken. „Mit Mut und Toleranz – Dresden bekennt Farbe“ ist das Motto dieser und anderer Aktionen, zu denen die überparteiliche städtische Arbeitsgruppe „13. Februar“ aufgerufen hat.

Parallel wird es Demonstrationen und Kundgebungen gegen Neonazis geben, die den Gedenktag seit Jahren immer wieder für Aufmärsche nutzen und die deutsche Kriegsschuld leugnen. So soll am Mittag ein Mahngang „Täterspuren“ in Erinnerung rufen, dass Dresden im Zweiten Weltkrieg auch eine Hochburg von Nazis war. Das linke Bündnis „Dresden Nazifrei“ hat zur Blockade des Fackelmarsches aufgerufen. Zu diesem Aufmarsch von Rechtsextremisten am Rande der City um 18.00 Uhr werden bis zu 2000 Neonazis erwartet. Die Polizei ist angesichts der Blockade-Aufrufe auf einen Großeinsatz vorbereitet. 4200 Beamte aus mehreren Bundesländern werden präsent sein. Im vergangenen Jahr waren bei Ausschreitungen von Linken und Rechten mehr als 100 Polizisten verletzt worden. Die Polizei will die Lager diesmal nicht weiträumig trennen. Anders als in den Vorjahren sind Proteste in Sicht- und Hörweite der Neonazi-Demonstration erlaubt. dpa

http://www.focus.de/politik/deutschland/geschichte-dresden-will-sich-am-gedenktag-gegen-neonazis-wehren_aid_713422.html

ähnliche Artikel:

Berliner Morgenpost

http://www.morgenpost.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/schlaglichter_nt/article1904210/Dresden-will-sich-am-Gedenktag-gegen-Neonazis-wehren.html

Berliner Umschau

<http://www.berlinerumschau.com/news.php?id=43982&title=Dresdner+wollen+an+Gedenktag+mit+Menschenkette+gegen+Neonazis+protestieren&storyid=1329118241468>

der Standard

<http://derstandard.at/1328507574672/Deutschland-Dresden-setzt-Zeichen-gegen-Neonazi-Aufmarsch>

DER WESTEN

<http://www.derwesten.de/politik/dresdner-weisen-mit-demo-neonazis-in-die-schranken-id6349337.html>

Westfälische Nachrichten

<http://www.wn.de/Welt/Politik/Politik-Dresden-gedenkt-und-wehrt-sich-gegen-Neonazis>

deutschlandradio.de

<http://www.dradio.de/nachrichten/201202130700/6>

FAZ

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextreme-aufmaersche-ein-schutzwall-um-dresden-11645041.html>

Frankfurter Rundschau

<http://www.fr-online.de/politik/dresden-will-sich-am-gedenktag-gegen-neonazis-wehren,1472596,11622630.html>

Freie Presse

<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Dresden-gedenkt-der-Zerstoeerung-artikel7904012.php>

Handelsblatt

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/gedenken-dresden-erinnert-an-die-zerstoerung-der-stadt/6202044.html>

heute.de

<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/8/0,3672,8475848,00.html>

Lausitzer Rundschau

<http://www.lr-online.de/politik/Brennpunkte-Dresden-will-sich-am-Gedenktag-gegen-Neonazis-wehren;art749,3681200>

n24

http://www.n24.de/news/newsitem_7667912.html

nTV

<http://www.n-tv.de/ticker/Dresden-will-sich-am-Gedenktag-gegen-Neonazis-wehren-article5477981.html>

Rhein-Neckar-Zeitung

http://www.rnz.de/HPHeadtitles_Politik/00_20120213131305_Dresden_will_sich_am_Gedenktag_gegen_Neonazis_.html

stern.de

<http://www.stern.de/news2/aktuell/dresden-setzt-zeichen-gegen-neonazi-aufmarsch-1785774.html>

Stuttgarter Nachrichten

<http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.13-februar-dresden-will-sich-am-gedenktag-gegen-neonazis-wehren.7d96682b-c18b-4247-9043-bce6a1120912.html>

Süddeutsche Zeitung

<http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/1274813>

Thüringer Allgemeine

<http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Menschenkette-in-Dresden-gegen-Missbrauch-des-Gedenkens-1087519268>

Walsroder Zeitung

http://www.wz-net.de/wz_21_109965802-1-58654_Dresden-will-sich-am-Gedenktag-gegen-Neonazis-wehren.html?WZID=3dae1e1a221ea13836c550d3b9d9ae0e

WELT online

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article13867214/Dresden-laesst-sich-von-Nazis-nicht-einschuechtern.html>

Weser Kurier

<http://www.weser-kurier.de/Artikel/News/Politik/Inland/534783/Dresdner-gedenken-der-Bombenopfer-vor-67-Jahren.html>

Wiener Zeitung

http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/435396_Dresden-zwischen-Gedenken-und-Protest.html

Focus online | 13.02.2012

Menschenkette gegen Nationalsozialismus

Tausende Menschen haben in Dresden der Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg gedacht. Mit einer Menschenkette in der Innenstadt wurde gleichzeitig ein Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt. An einem Neonazi-Aufmarsch nahmen nach Angaben der Polizei mehr als 1600 Rechtsextreme teil. In Dresden haben am Montag Tausende Menschen an die Bombardierung der Stadt vor 67 Jahren erinnert und zugleich ein Zeichen gegen Rechts gesetzt. In der Innenstadt bildeten am Abend laut Polizei 13 000 Bürger eine lange Menschenkette, um damit auch Rechtsextremismus und Gewalt entgegenzutreten. Rechtsextreme versuchen seit Jahren, die Zerstörung Dresdens durch alliierte Bomber im Februar 1945 für ihre Propaganda zu missbrauchen.

Die Menschenkette sei ein „klares Bekenntnis gegen Nationalsozialismus, Rassismus und Gewalt“, sagte Dresdens Bürgermeister Dirk Hilbert (FDP). Das allein reiche aber nicht. Es gehe auch darum, Tag für Tag Alltagsrassismus und Intoleranz zu bekämpfen.

Vor der Bildung der Menschenkette hatten sich nach Angaben von Polizei und des Aktionsbündnisses „Dresden nazifrei“ rund 2500 Menschen an dem Mahngang „Täterspuren“ beteiligt. Dieser erinnerte an verschiedenen Stellen wie der Synagoge und der früheren Gestapo-Zentrale an die NS-Geschichte Dresdens. Bündnissprecherin Franziska Radtke zeigte sich erfreut über die „enorme Beteiligung“.

Keine größeren Zusammenstöße zwischen Rechten und Linken

An einem Neonazi-Aufmarsch nahmen nach Angaben der Polizei mehr als 1600 Rechtsextreme teil. Ihnen stellten sich tausende Gegendemonstranten entgegen, „Dresden nazifrei“ sprach von 5000 bis 6000 Teilnehmern. Sie errichteten mindestens zwei große und mehrere kleinere Straßenblockaden und drückten ihren Unmut gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen mit „Nazis-raus“-Rufen, Trillerpfeifen und Sirenen aus. Wegen der Blockaden musste die Aufmarschstrecke der Rechtsextremen verkürzt werden.

In den vergangenen zwei Jahren war es tausenden Gegendemonstranten gelungen, den Aufmarsch der Rechten zu blockieren.

Die Polizei war mit rund 4500 Beamten im Einsatz, um Zusammenstöße zu verhindern. Im vergangenen Jahr gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen Rechten, Linken und der Polizei. Laut Polizei blieb es am Montag weitgehend friedlich. Zusammenstöße gab es demnach nicht, neun Menschen wurden unter anderem wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz in Gewahrsam genommen. Die Polizei eskortierte die Rechtsextremen nach Ende ihres Aufmarsches am Abend bis zum Bahnhof zurück und schirmte sie von den Gegendemonstranten ab.

25 000 Tote bei Luftangriffen

Bei den Luftangriffen britischer und amerikanischer Bomber am 13. und 14. Februar 1945 auf Dresden starben rund 25 000 Menschen. Weite Teile der historischen Altstadt wurden damals zerstört. Für Samstag hat die Arbeitsgemeinschaft „13. Februar“, ein breites Bündnis gesellschaftlicher Gruppen, zu einer weiteren Demonstration unter dem Motto „Mit Mut, Respekt und Toleranz“ aufgerufen. Eine rechtsextreme Kundgebung war für das Wochenende zunächst nicht angemeldet. ah/gxs/AFP

http://www.focus.de/politik/deutschland/dresden-menschenkette-gegen-den-nationalsozialismus_aid_713768.html

ähnliche Artikel:

FOCUS online

http://www.focus.de/panorama/vermishtes/bombardierung-von-dresden-tausende-buerger-gedenken-mit-menschenkette_aid_713706.html

Frankfurter Rundschau | 13.02.2012 | Bernhard Honnigfort

Zigtausende protestierten gegen Neonaziaufmarsch

Mehrere Hundert Neonazis haben sich am Hauptbahnhof in Dresden versammelt. Tausende Dresdner hatten zuvor in der Alt- und Neustadt mit einer 3,6 Kilometer langen Menschenkette an die Zerstörung der Stadt durch alliierte Bombardements am 13. Februar 1945 erinnert.

Dresden. Die Baskenmütze auf dem Kopf, den Schal ins Gesicht gezogen, macht sich Wolfgang Thierse auf den Weg. „Ziviler Ungehorsam ist nicht demokratiefeindlich“, sagt der SPD-Vizepräsident des Bundestages, dann stapft er los durch Dresdens Altstadt. Ein eisiger Wind weht, auf der Elbe treiben dicke Eisschollen. Thierse ist einer von Zigtausenden, die sich den Neonazis in den Weg stellen wollen. Es sind, so scheint es an diesem kalten Montagabend, so viele Gegendemonstranten wie nie zuvor unterwegs.

Am Hauptbahnhof sind die Neonazis eingetroffen. Wie jedes Jahr wollen sie ihren Fackelmarsch abhalten. Maximal 500 bis 800, sagt die Polizei. Verglichen mit früheren Jahren, als 4000 bis 7000 Rechtsextremisten aus ganz Europa gekommen waren, ist das ein klarer Misserfolg für die braune Szene. Bis zum Abend bleibt alles friedlich. Hubschrauber kreisen über Stadt, Wasserwerfer stehen in Nebenstraßen bereit. Fast 6000 Polizisten aus dem ganzen Bundesgebiet halten Neonazis und Gegendemonstranten auf Abstand.

Jedes Jahr ziehen die Neonazis durch die Stadt

Seit 14 Jahren ziehen Neonazis am 13. Februar durch Dresden und versuchen, die Erinnerung an die Zerstörung der Elbstadt für ihre Zwecke zu nutzen. Dresden war im Februar 1945 viermal bombardiert worden. Die Altstadt brannte nieder, etwa 25.000 Menschen starben. „Bombenholocaust“ nennen Neonazis, was vor 67 Jahren geschah – und lassen den nazideutschen Teil der Geschichte unter den Teppich fallen.

Dresden tat sich anfangs schwer damit, versuchte die Neonazi-Märsche einfach zu ignorieren und gab sich dem eigenen, stillen Gedenken hin. Bloß keine Krawalle, war das Motto. Das verliert sich schon wieder. Doch das war ein bequemer Irrtum: Immer mehr Rechte kamen und machten Dresden zu ihrem Wallfahrtsort. Außerdem gab Krach zwischen den Parteien: Die CDU war nie bereit, sich einem Bündnis gegen Neonazis anzuschließen, in dem auch Linke mitmachten.

Dieses Jahr sollte ein deutliches Zeichen gesetzt werden. Auch aus dem Erschrecken über die Verbrechen der rechtsterroristischen Zwickauer Mörderbande heraus, die im November 2011 aufgefliegen war. Gegen den abendlichen braunen Fackelzug durch die Altstadt hatte ein breites Bündnis aus Parteien, Kirchen und Verbänden unter dem Motto „Mit Mut und Toleranz - Dresden bekennt Farbe“ aufgerufen. Und Frank Richter, einem Parrer und hochangesehenen 89er Revolutionär, war es gelungen, im Vorfeld alle demokratischen Parteien zusammenzuführen.

Am Montagabend bildeten mehr als zehntausend Dresdner eine Menschenkette um die Altstadt. Sie zog sich fast vier Kilometer lang über die Elbe durch Alt- und Neustadt und schloss die Synagoge und die Frauenkirche ein. Deutlich mehr Menschen als im Vorjahr gaben ein klares Bekenntnis gegen den Missbrauch des Gedenktages durch Rechtsextremisten ab. „Unsere Stadt steht fest zusammen, mit Mut, Respekt und Toleranz“, sagte der amtierende Bürgermeister Dirk Hilbert (FDP) vor dem Rathaus. Als um 18 Uhr Dresdens Kirchenglocken läuteten, schloss sich die Kette, die Menschen nahmen sich für zehn Minuten an den Händen.

Politprominenz auf die Straße

Zuvor hatten sich fast 2500 Menschen auf den "Mahngang Täterspuren" begeben, der dem Mythos von der unschuldigen Stadt entgegentritt. Auch Dresden sei Teil des nationalsozialistischen Systems gewesen und nicht dessen Opfer, so eine Teilnehmerin.

In diesem Jahr waren nicht nur mehr Dresdner, sondern auch erkennbar viel Politprominenz auf die Straße gegangen. Petra Pau (Linke), die Grünen Claudia Roth, Cem Özdemir, Renate Künast und Jürgen Trittin oder der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, schlossen sich dem Protest an.

In den vergangenen beiden Jahren hatten Tausende Gegendemonstranten Neonazi-Märsche durch Dresden verhindert. 2010 war es gelungen, die Rechtsextremisten direkt am Neustädter Bahnhof festzusetzen. Die Polizei nahm etliche Blockierer fest, es gab Hunderte Strafbefehle, darunter auch gegen bekannte Politiker wie den Thüringer Linken-Abgeordneten Bodo Ramelow. Im Jahr darauf ließ die Polizei eine Millionen Handydaten abfragen, um Gegendemonstranten auf die Spur zu kommen.

Außerdem stürmten Polizisten ein alternatives Jugendzentrum. 2011 lief alles aus dem Ruder, es gab heftige Ausschreitungen, Müllcontainer brannten, Scheiben wurden eingeworfen, mehr als 100 Polizisten wurden verletzt.

<http://www.fr-online.de/politik/gedenktag-in-dresden-dresden-will-neonazi-aufmarsch-verhindern,1472596,11625168.html>

Freie Presse | 13.02.2012

Dresdner Gedenken an Weltkriegs-Bombardierung begonnen

Im Laufe des Tages soll es weitere Andachten und Mahnwachen geben

Dresden (dapd). In Dresden hat am Montag das Gedenken an die Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg begonnen. Etwa 100 Menschen nahmen an einer Friedensandacht in der Frauenkirche teil. Frauenkirchenpfarrer Holger Treutmann und Kantor Matthias Grünert begleiteten die Andacht mit geistlichen Texten und Orgelmusik. Im Laufe des Tages soll es weitere Andachten und Mahnwachen geben. Zentrale Veranstaltung ist eine Menschenkette um die Altstadt, zu der mehr als 10.000 Teilnehmer erwartet werden.

Schon am Mittag bereiteten sich die ersten Gegendemonstranten auf einen geplanten Neonazi-Aufmarsches am Abend vor. Das Bündnis "Dresden Nazifrei" hat dazu aufgerufen, den Aufmarsch von etwa 2.000 Rechtsextremen zu blockieren. Rund 6.000 Polizisten aus mehreren Bundesländern und von der Bundespolizei sollen für Sicherheit sorgen. Bei alliierten Bombardements am 13. und 14. Februar 1945 wurde Dresden stark zerstört, bis zu 25.000 Menschen starben. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Dresdner-Gedenken-an-Weltkriegs-Bombardierung-begonnen-artikel7903864.php>

ähnliche Artikel:

Hamburger Abendblatt

<http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article2186960/Dresden-Symbol-fuer-den-Schrecken-des-Krieges.html>

Freie Presse | 13.02.2012

Grüne protestieren gegen Neonazis in Dresden

Kein Platz für Rassismus und Rechtsextremismus

Dresden (dapd-lsc). Die Parteispitze der Grünen will mit ihrer Teilnahme an den Anti-Neonazi-Protesten in Dresden ein Zeichen gegen den Rechtsextremismus setzen. Es solle deutlich werden, dass "in dieser Stadt Rassismus, Rechtsextremismus, Islamophobie und Homophobie keinen Platz haben", sagte die Parteivorsitzende Claudia Roth am Montag in Dresden.

Zwar sei der 13. Februar angesichts der Bombardierung der Stadt vor 67 Jahren ein Tag des Gedenkens. Vor allem müsse aber verhindert werden, "dass die Nazis diese Trauer umdeuten". "Heute ist ein Tag der lebendigen Demokratie", sagte Roth.

Neben Roth sind auch ihr Ko-Vorsitzender Cem Özdemir und die Bundestags-Fraktionsvorsitzenden Renate Künast und Jürgen Trittin in Dresden, um gegen einen Neonazi-Aufmarsch zu demonstrieren. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Gruene-protestieren-gegen-Neonazis-in-Dresden-artikel7903878.php>

Protest gegen Rechts: Dresden im Dilemma

Dresden will sich am Gedenktag gegen Neonazis wehren

Kerzen oder Blockade: Seit Jahren missbrauchen Rechtsextreme das Gedenken an die Zerstörung Dresdens - die Stadt ringt um eine angemessene Form des Protests. Blockaden sind verboten, dennoch rufen Politiker dazu auf. Wie weit darf der Protest gehen?

Anfang der 90er Jahre war nicht abzusehen, dass die vereinzelt Rechtsextremen, die sich alljährlich am 13. Februar unter die Dresdner mischten, den Keim legen sollten für den größten Neonazi-Aufmarsch Europas. Vor drei Jahren zogen rund 6.000 Rechtsextreme durch die Elbemetropole und führten der Stadt vor Augen, was diese jahrelang vergessen hatte: eine würdige Balance zu finden zwischen ihrer Trauer und einer einheitlichen Haltung gegenüber Rechtsextremen, die den Tag für sich reklamieren.

Streit über Protestform

Linke und bürgerliche Mitte hatten sich im Stadtrat jahrelang schwer getan, gemeinsam aufzutreten. 2010 fädelt sich dann zum ersten Mal eine Menschenkette durch die Altstadt, mühsam im Stadtrat zusammengehäkelt, symbolisch und nicht unumstritten. Drüben auf der anderen Elbseite sorgten zur gleichen Zeit Blockierer dafür, dass Tausende Rechtsextreme von Dresden nicht mehr zu sehen bekamen als einen Bahnhofsvorplatz. Es war die Menschenkette, die "den Naziaufmarsch verhindert" habe. Vielleicht war es diese Auslegung der Oberbürgermeisterin, die zwischen den Parteien einen heftigen Streit darüber entfachte, wie Rechtsextremen in Dresden entgegenzutreten sei.

Durch Symbole würden sich Nazis nicht abschrecken lassen und Blockaden seien auch Meinungsäußerungen, klagten wütende Dresdner. Auch Rechtsextreme hätten ein Recht auf Versammlungsfreiheit, entgegneten andere. Wer ihnen das mittels einer Blockade nehme, mache sich strafbar - und missachte das Grundgesetz.

Chaos in Dresden - bundesweite Kritik

Die verhärteten Fronten und eine bundesweite Mobilisierung im rechten Lager zog im letzten Jahr auch Linksextreme nach Dresden. Barrikaden brannten, der sogenannte schwarze Block durchbrach Polizeiketten und übersäte Straßen mit Pflastersteinen. So etwas hatte die Stadt noch nicht erlebt. Bei den schweren Ausschreitungen wurden Dutzende Polizisten verletzt. In den Monaten danach fragte die Staatsanwaltschaft massenhaft Handydaten ab, Landtagsabgeordnete wurden der Rädelsführerschaft einer Blockade bezichtigt und ein Jenaer Pfarrer beschuldigt, Kopf einer kriminellen Vereinigung zu sein.

Dass die Staatsanwaltschaft im weiteren nur zwei der Steinewerfer, dafür aber hunderte von weitgehend friedlichen Blockierern ermittelte, das alles sorgte bundesweit für Kopfschütteln. Möglicherweise aber präsentiert sich Dresden heute als Stadt, die aus dem Chaos der letzten Jahre gelernt hat.

Politiker rufen zu Blockaden auf

Auf eine strikte Trennung der Lager will die Polizei in diesem Jahr verzichten und jede Form von Versammlung respektieren. So soll die Menschenkette zu einem Zeitpunkt

beendet werden, der es den Dresdnern ermöglicht, entlang der Marschroute der Rechtsextremen zu demonstrieren. "Es wird keine friedliche Blockade von unserem Wasserwerfer aufgelöst", versicherte Dresdens Polizeichef Dieter Kroll.

Dass es bei Protesten in Hör- und Sichtweite nicht bleiben soll, daraus macht unter anderem das Bündnis "Dresden Nazifrei" keinen Hehl - und findet dafür bundesweite Zustimmung: Kirchenkreise, Politiker und auch der Zentralrat der Juden rufen zu Blockaden, und damit streng genommen zu Straftaten, auf.

Ermittlungen eingestellt

In Dresden wird es wieder die Entscheidung des einzelnen Bürgers sein, sich seinen Weg des Protestes zu suchen. Ob er sich symbolisch in der Menschenkette zeigt, lautstark bei einer Demonstration teilnimmt oder sich einer Sitzblockade anschließt. Blockierer sehen sich voraussichtlich wieder mit der Justiz konfrontiert wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Doch möglicherweise kommen sie glimpflich davon. Vergangenes Jahr stellte die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen mehrfach ein - gegen Geldauflagen zugunsten von Vereinen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren.

<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/6/0,3672,8473926,00.html>

Junge Freiheit | 13.02.2012

Thierse ruft zu Protesten gegen Trauermarsch auf

BERLIN. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) hat zum Protest gegen den Trauermarsch der NPD-nahen Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) am heutigen Montag in Dresden aufgerufen. „Wir dürfen unsere Straßen und Plätze, wir dürfen das Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkriegs nicht schweigend und widerspruchslos den Neonazis überlassen“, forderte Thierse im *rbb*.

Dieser Mißbrauch müsse verhindert werden. Ob sich Thierse selbst an den geplanten Blockaden gegen den Trauermarsch beteiligen wird, ließ der SPD-Politiker offen. Das werde sich vor Ort ergeben. Er halte allerdings nichts davon, „daß man das Demonstrationsrecht der Demokraten – der Gegner der Nazis – von vornherein einschränken will und daß man Demonstrationen gegen die Nazis kriminalisiert“. Dies sei problematisch und der falsche Weg.

Thierse betonte, er sei entschieden gegen jede Form von Gewalt. Die Proteste müßten von geradezu „entschlossener Friedfertigkeit“ sein. Alles andere würde den Veranstaltern des Trauermarsches in die Hände spielen, warnte er. „Passiver Widerstand ist das höchste, was erlaubt ist.“

„Die Demokratische Gesellschaft muß sich insgesamt wehren“

Sachsen müsse aber auch lernen, daß es falsch sei, „die Anti-Nazis, die Demokraten, kilometerweite von einem Nazi-Aufzug entfernt halten zu wollen“, machte Thierse deutlich. Das sei ein Verstoß gegen das Demonstrationsrecht. Menschenketten und Kopfschütteln allein reichten nicht aus, um den Trauermarsch der JLO zu verhindern. Das habe sich bereits in der Vergangenheit gezeigt.

„Die Art und Weise, wie man in Dresden damit umgegangen ist, hat zumindest indirekt dazu beigetragen, daß Dresden zu dem Ort geworden ist mit dem größten Neonaziaufmarsch in Europa“, kritisierte der stellvertretende Parlamentspräsident. Das sei

eine üble Tradition, die durchbrochen werden müsse. „Die demokratische Gesellschaft muß sich insgesamt wehren gegen die Neonazis, sonst werden wir diese Gefahr nicht los.“

Bereits im vergangenen Jahr hatte Thierse dazu aufgerufen, die Proteste gegen den Trauermarsch zu unterstützen. Bei den Demonstrationen war es dann zum Teil zu massiven Ausschreitungen von Linksextremisten gekommen, bei denen zahlreiche Polizisten verletzt wurden. Thierse warf der Polizei im Anschluß vor, vollauf damit beschäftigt zu sein, „Neonazis zu schützen“. Das sei „sächsische Demokratie“. Die Deutsche Polizeigesellschaft forderte daraufhin seinen Rücktritt. Thierse sei eine „Schande für das deutsche Parlament“, sagte Gewerkschaftschef Rainer Wendt. (krk)

<http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M5965a183d60.0.html>

Leipzig Fernsehen | 13.02.2012

Hackerangriff auf Neonazi-Gegner? Website "Dresden Nazifrei" offline

Aus bisher noch ungeklärter Ursache ist die Homepage der Initiative "Dresden Nazifrei" seit einiger Zeit nicht erreichbar. Laut dem Sprecher des Bündnisses hat der Anbieter die Seite vom Netz genommen. Ein Grund ist noch nicht bekannt. +++

Das Anti-Neonazi-Netzwerk kommuniziert zurzeit über die anderen digitalen Kanäle wie Facebook, Twitter etc. - Ein Hacker-Angriff auf die offizielle Homepage werde nicht ausgeschlossen.

Wie die Polizei mitteilte, habe die Offline-Schaltung nichts mit dem Sicherheitsmaßnahmen im Vorfeld der angekündigten Gegendemonstrationen in Dresden zu tun.

Bereits 2011 war im Vorfeld des Neonazi-Aufmarsches am 13. Februar die Homepage des Bündnisses vom Netz gegangen. Von inoffizieller Seite hieß es damals, die Seite wäre durch einen Computerangriff offline geschaltet worden.

<http://www.leipzig-fernsehen.de/default.aspx?ID=5844&showNews=1114367>

MDR Sachsen | 13.02.2012

Stilles Gedenken und lautstarker Protest

Dresden gedenkt am Montag der Opfer der Bombenangriffe auf die Stadt vor 67 Jahren. Zugleich wollen sich die Bürger gegen einen Fackelmarsch von Neonazis zur Wehr setzen. Große Leinwände und Plakate in der Innenstadt fordern seit Tagen deutlich sichtbar zur friedlichen Gegenwehr auf. Dazu haben Parteien, Kirchen und Verbände auch bundesweit aufgerufen. Am Abend soll sich wie in den Vorjahren eine Menschenkette um die Altstadt ziehen.

Die sächsische Landeshauptstadt gedenkt am Montag der Opfer der anglo-amerikanischen Bombenangriffe, die sich in vier Wellen vom 13. bis zum 15. Februar 1945 ereignet hatten. Der Tag beginnt traditionell mit zahlreichen Veranstaltungen auf Friedhöfen und in Kirchen. Am Nachmittag wird dann offiziell der etwa 25.000 Toten gedacht. Die Bürger der Stadt sind

aufgerufen, auf dem Heidefriedhof weiße Rosen niederzulegen. Der Mahngang "Täterspuren", soll gleichzeitig daran erinnern, dass Dresden im Zweiten Weltkrieg auch eine Hochburg der Nazis war. Ab 17.00 Uhr soll dann wieder eine Menschenkette gebildet und etwa eine Stunde später unter dem Geläut der Kirchenglocken für 15 Minuten geschlossen werden. Bis in die Nacht hinein gibt es in den Kirchen der Stadt dann Gelegenheit zum stillen Gedenken.

"Mit Mut und Toleranz"

Der Protest gegen einen ebenfalls für die Abendstunden im Bereich Budapester-/Ammonstraße geplanten Aufmarsch von Rechtsextremen steht in diesem Jahr unter dem Motto "Mit Mut und Toleranz - Dresden bekennt Farbe". Aufgerufen hat dazu die überparteiliche städtische Arbeitsgruppe "13. Februar". Der Moderator der Arbeitsgruppe, der Theologe Frank Richter, sagte, er hoffe, dass bei der Menschenkette Tausende Dresdner für ein paar Minuten innehalten. "Wer sich anschickt, Anderen die Hand zu reichen, hört auf, die Faust zu ballen." Die Botschaft aus Dresden laute in Erinnerung an den Herbst 1989 "Keine Gewalt!", erklärte Richter. In den friedlichen Protest wollen sich unter anderen Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU), die Grünen-Politiker Claudia Roth, Cem Özdemir, Renate Künast und Jürgen Trittin, der Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) sowie die Linken-Bundesvorsitzende Gesine Löttsch einreihen.

Blockade geplant - prominente Unterstützer

Parallel zum offiziellen Gedenken wird es wieder Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Neonazis geben, die den 13. Februar seit Jahren für Aufmärsche nutzen. So wird am Dippoldiswalder Platz eine von Grünen und SPD angemeldete Protestkundgebung stattfinden. Das Bündnis "Dresden Nazifrei" ruft für den Abend zu einer Blockade des Fackelmarsches der Rechtsextremen auf. Prominente Unterstützung erhält der umstrittene Protest unter anderem vom Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan Kramer, und von Bundestags-Vizepräsident Thierse. Er erinnerte an die Mordserie der Zwickauer Neonazi-Zelle. Diese habe wohl jedem Bürger "die Größe der Gefahr von rechtsaußen klargemacht", sagte der SPD-Politiker. Stephan Kramer erklärte, er werde aktiv blockieren, um damit deutlich zu machen, "dass wir diese Nazis nicht auf unseren Straßen haben wollen".

Tausende Polizisten im Einsatz

Die Polizei führt angesichts der Blockadeaufrufe einen Großeinsatz durch. Nach Angaben der Dresdner Polizeidirektion sind 4.200 Beamte der Bereitschaftspolizei und mehrere Tausend Bundespolizisten präsent. Diese setzten vor allem auf Deeskalation und Gespräche. Dresdens Polizeipräsident Dieter Kroll erklärte, niemand wolle die Bilder von den Ausschreitungen 2011 in diesem Jahr wieder sehen. Mit Blockaden hatten Tausende Demonstranten 2010 und 2011 Neonazi-Aufmärsche verhindert. Vor einem Jahr waren bei gewalttätigen Ausschreitungen von Linken und Rechten dann aber mehr als 100 Polizisten verletzt worden.

<http://www.mdr.de/sachsen/dresden-gedenkt100.html>

ähnliche Artikel:

ORF.at

<http://orf.at/stories/2104729/>

Neonazis blockieren - ja oder nein?

Blockaden und Datenerfassung: Der unbewältigte Protest

Auch vor einem Jahr protestierten in Dresden Tausende Menschen gegen Neonazis. Am 19. Februar 2011 war zum zweiten Mal in Folge mit Blockaden ein Aufmarsch verhindert worden, am Rande der Proteste gegen die Rechtsextremen kam es allerdings zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Diese wiederum setzte gegen Blockierer und Nazi-Gegner auf eine großflächige Handy-Überwachung. Gegen zahlreiche Teilnehmer an den Protesten laufen Ermittlungsverfahren, zwischen Gegnern und Befürwortern der Blockaden ist die Atmosphäre weitgehend vergiftet.

Auch ein Jahr nach den Protesten gegen die Neonazi-Aufmärsche vom 13. und 19. Februar 2011 sind längst noch nicht alle Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Dresden abgeschlossen. Im Gegenteil, die Verfahren gegen prominente Teilnehmer an den Protesten gewannen gerade in den letzten Wochen an Fahrt. So soll etwa die Grünen-Landtagsabgeordnete Eva Jähnigen wegen der angeblichen Teilnahme an einer Blockade ihre Immunität verlieren. Jähnigen machte das Ansinnen der Staatsanwaltschaft vor wenigen Tagen öffentlich. Den beiden Linken-Bundestagabgeordneten Caren Lay und Michael Leutert droht das Gleiche, nachdem der Immunitätsausschuss des Deutschen Bundestages eine persönliche Anhörung der Abgeordneten verweigerte. "Es wurde beschlossen, dass wir keine Immunität mehr besitzen und die Staatsanwaltschaft darf wenige Tage vor dem 13. Februar 2012 weiter gegen uns ermitteln", sagte Leutert.

Betroffene in Hessen, Sachsen, Thüringen

Im Januar hatte der Hauptausschuss des Hessischen Landtages entschieden, die Immunität der beiden Linken-Fraktionschefs Willi van Oyen und Janine Wissler aufzuheben. Bereits im Oktober 2011 war auch die Immunität des sächsischen Linken-Fraktionschefs André Hahn aufgehoben worden. Dieser erhielt inzwischen einen Strafbefehl des Dresdner Amtsgerichtes über 3.000 Euro. Hahn legte Widerspruch ein und will es zum Prozess kommen lassen. Die Immunität des Thüringer Linken-Fraktionschefs Bodo Ramelow wurde aufgrund der Ermittlungen ebenfalls aufgehoben. Die Dresdner Staatsanwaltschaft hatte Anfangs rund 200 Verdächtige im Visier, zahlreiche Verfahren wurden gegen die Zahlung einer Geldbuße eingestellt. So musste etwa der Fraktionschef der SPD im Sächsischen Landtag, Martin Dulig, 700 Euro an die "Aktion Zivilcourage" in Pirna zahlen.

Debatten über Recht und Unrecht

Die Debatten über Recht oder Unrecht der Blockaden waren das ganze Jahr über nicht verstummt. Die regierende CDU/FDP-Koalition verurteilte die Blockaden bei verschiedenen Anlässen stets als illegal und holte sich dafür zuweilen prominente Unterstützer ins Boot. So erklärte der ehemalige Präsident der Bundesverfassungsgerichtes, Hans-Jürgen Papier, im März 2011 während eines Symposiums die Blockaden für Unrecht. Papier forderte die Einhaltung von Recht und Gesetz auch bei den Protesten gegen die Rechtsextremen. Die Polizei schütze mit ihren Einsätzen kein extremistisches Gedankengut sondern das Recht, argumentierte der ehemalige Verfassungsrichter. Eine umstrittene These brachte der ehemalige Präsident des Dresdner Verwaltungsgerichtes, Heinrich Rehak, in die Debatte ein: Massiver Widerstand provoziere die Neonazis und werte diese auf, sagte Rehak. Vor den Blockaden wären die Rechtsextremen "einfach durch die Stadt marschiert und es war

wieder vorbei". Der Vorsitzende des Dresdner Vereins "Bürger.Courage", Christian Demuth, erklärte dagegen, in Dresden habe man es mit 20 Jahren Politikversagen zu tun. Es sei zu lange nichts gegen die Aufmärsche der Rechtsextremen unternommen worden. Tatsächlich marschierten Neonazis noch am 13. Februar 2001 von der Semperoper aus, an der Baustelle der neuen Synagoge vorbei, ungestört bis zum Rathaus. Im Februar 2005 begann der Aufmarsch von 6.500 Rechtsextremen sogar in unmittelbarer Nähe des Landtages.

Abfrage von Handydaten: Betroffene immer noch nicht informiert

Für heftige Debatten sorgte auch die massive Erfassung von Handy-Daten während der Proteste im Februar 2011. Sachsens Datenschutzbeauftragter Andreas Schurig legte im September 2011 einen umfassenden Bericht vor, in dem er den Ermittlern massive Verstöße gegen geltendes Recht vorwarf. Polizei und Staatsanwaltschaft hätten weit über das Ziel hinausgeschossen, hatte Schurig erklärt. Er forderte, den erfassten Datenbestand unverzüglich zu reduzieren und schätzungsweise 40.000 Betroffene, denen keinerlei Vorwürfe gemacht werden konnten, bis zum Jahresende 2011 zu informieren. Geschehen ist das nach MDR-Recherchen in vielen Fällen jedoch nicht. Die Staatsanwaltschaft Dresden informiert die Betroffenen offenbar nur dann, wenn sich diese an die Behörde wenden. Ob Polizei und Staatsanwaltschaft auch in diesem Jahr wieder Handydaten von Blockade-Teilnehmern erfassen wollen, ist noch unklar. Sachsens Justizminister Jürgen Martens hatte Ende Dezember erklärt, er schließe erneute Handy-Überwachungen nicht aus. "Wer gewalttätig ist, muss damit rechnen, dass gegen ihn mit allen zulässigen Mitteln vorgegangen wird, also auch nötigenfalls seine Daten von den Ermittlungsbehörden abgefragt werden", sagte der FDP-Politiker.

<http://www.mdr.de/sachsen/streit-um-blockaden100.html>

Mitteldeutsche Zeitung | 13.02.2012 | Bernhard Honnigfort

Bunt gegen Braun

DRESDEN/MZ. Die Baskenmütze auf dem Kopf, den Schal ins Gesicht gezogen, macht sich Wolfgang Thierse auf den Weg. "Ziviler Ungehorsam ist nicht demokratiefeindlich", sagt der SPD-Vizepräsident des Bundestages, dann stapft er los durch Dresdens Altstadt. Ein eisiger Wind weht, auf der Elbe treiben dicke Eisschollen. Thierse ist einer von Zigtausenden, die sich den Neonazis in den Weg stellen wollen. Es sind, so scheint es an diesem kalten Montagabend, so viele Gegendemonstranten wie nie zuvor unterwegs. Am Hauptbahnhof sind die Neonazis eingetroffen. Wie jedes Jahr wollen sie ihren Fackelmarsch abhalten. Maximal 500 bis 800, sagt die Polizei. Verglichen mit früheren Jahren, als 4 000 bis 7 000 Rechtsextremisten aus ganz Europa gekommen waren, ist das ein klarer Misserfolg für die braune Szene. Bis zum frühen Abend bleibt alles friedlich. Hubschrauber kreisen über der Stadt, Wasserwerfer stehen in Nebenstraßen bereit. Fast 6 000 Polizisten aus dem ganzen Bundesgebiet halten Neonazis und Gegendemonstranten auf Abstand.

Seit 14 Jahren ziehen Neonazis am 13. Februar durch Dresden und versuchen, die Erinnerung an die Zerstörung der Elbestadt für ihre Zwecke zu nutzen. Dresden war im Februar 1945 viermal bombardiert worden. Die Altstadt brannte nieder, etwa 25 000 Menschen starben. "Bombenholocaust" nennen Neonazis, was vor 67 Jahren geschah - und lassen den nazideutschen Teil der Geschichte unter den Teppich fallen.

Dresden tat sich anfangs schwer damit, versuchte die Neonazi-Märsche einfach zu

ignorieren und gab sich dem eigenen, stillen Gedenken hin. Bloß keine Krawalle, war das Motto. Das verliert sich schon wieder. Doch das war ein bequemer Irrtum: Immer mehr Rechte kamen und machten Dresden zu ihrem Wallfahrtsort. Außerdem gab Krach zwischen den Parteien: Die CDU war nie bereit, sich einem Bündnis gegen Neonazis anzuschließen, in dem auch Linke mitmachten.

Dieses Jahr sollte ein deutliches Zeichen gesetzt werden. Auch aus dem Erschrecken über die Verbrechen der rechtsterroristischen Zwickauer Mörderbande heraus, die im November 2011 aufgefliegen war. Gegen den abendlichen braunen Fackelzug durch die Altstadt hatte ein breites Bündnis aus Parteien, Kirchen und Verbänden unter dem Motto "Mit Mut und Toleranz - Dresden bekennt Farbe" aufgerufen. Frank Richter, einem Pfarrer und hoch angesehenen 89er Revolutionär, war es gelungen, im Vorfeld alle demokratischen Parteien zusammenzuführen.

Am Montagabend bildeten mehr als zehntausend Dresdner eine Menschenkette um die Altstadt. Sie zog sich fast vier Kilometer lang über die Elbe durch Alt- und Neustadt und schloss die Synagoge und die Frauenkirche ein. Deutlich mehr Menschen als im Vorjahr gaben ein klares Bekenntnis gegen den Missbrauch des Gedenktages durch Rechtsextremisten ab. "Unsere Stadt steht fest zusammen, mit Mut, Respekt und Toleranz", sagte der amtierende Bürgermeister Dirk Hilbert (FDP) vor dem Rathaus. Als um 18 Uhr Dresdens Kirchenglocken läuteten, schloss sich die Kette, die Menschen nahmen sich für zehn Minuten an den Händen.

Zuvor hatten sich fast 2 500 Menschen auf den "Mahngang Täterspuren" begeben, der dem Mythos von der unschuldigen Stadt entgegentritt. Auch Dresden sei Teil des nationalsozialistischen Systems gewesen und nicht dessen Opfer, so eine Teilnehmerin. In diesem Jahr waren nicht nur mehr Dresdner, sondern auch erkennbar viel Politprominenz auf die Straße gegangen. Petra Pau (Linke), die Grünen Claudia Roth, Cem Özdemir, Renate Künast und Jürgen Trittin oder der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, schlossen sich dem Protest an.

In den vergangenen beiden Jahren hatten Tausende Gegendemonstranten Neonazi-Märsche durch Dresden verhindert. 2010 war es gelungen, die Rechtsextremisten direkt am Neustädter Bahnhof festzusetzen. Die Polizei nahm etliche Blockierer fest, es gab Hunderte Strafbefehle, darunter auch gegen bekannte Politiker wie den Thüringer Linken-Abgeordneten Bodo Ramelow.

Im Jahr darauf ließ die Polizei eine Millionen Handydaten abfragen, um Gegendemonstranten auf die Spur zu kommen. Außerdem stürmten Polizisten ein alternatives Jugendzentrum. 2011 lief alles aus dem Ruder, es gab Ausschreitungen, Müllcontainer brannten, Scheiben wurden eingeworfen, mehr als 100 Polizisten wurden verletzt.

<http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1329113356696&openMenu=1121028317468&calledPageId=987490165154&listid=1121028317460>

Märkische Allgemeine | 13.02.2012 | Michael Bartsch

Der neue Dresdner Anti-Nazi-Konsens

Nach langer Uneinigkeit findet die Stadt eine gemeinsame Antwort auf den Missbrauch ihres Gedenktages / Strittig bleibt, ob Blockaden legitim sind

DRESDEN - Wenn in den vergangenen Jahren Dresden und das Datum des 13. Februar erwähnt wurden, drängten sich spontan Bilder düsterer Nazi-Züge, Gegendemonstranten und zuletzt regelrechter Straßenschlachten auf. Der eigentliche Anlass, das Gedenken an die Zerstörung der Stadt 1945, geriet immer mehr in den Hintergrund. Der Umgang mit der provokanten Besetzung dieses Tages durch die geistigen Erben der Hitlerdiktatur spaltete die Stadt. In diesem Jahr ist nun endlich die Verständigung auf ein gemeinsames Programm und die gegenseitige Akzeptanz verschiedener Gedenk- und Protestformen gelungen.

Barrikaden und brennende Mülltonnen, mehr als 100 verletzte Polizisten, aber auch die bekannt gewordene massenhafte Abfrage von Handy-Verbindungsdaten und Verfahren gegen friedliche Blockierer sorgten für einen Stimmungswandel. Sorgfältig tastete sich Moderator Frank Richter von Kompromiss zu Kompromiss in der städtischen „Arbeitsgemeinschaft 13. Februar“. Richter bewies als damaliger Kaplan an der Hofkirche schon während der Oktoberdemonstrationen 1989 in Dresden Vermittlerqualitäten und leitet heute die Landeszentrale für Politische Bildung.

In der Arbeitsgemeinschaft sind neben der Stadtverwaltung und den Parteien auch gesellschaftliche Gruppierungen vertreten. Nicht offiziell eingeladen war das „Bündnis Dresden Nazifrei“, das seit drei Jahren unter anderem die mehr als zehntausend anreisenden Unterstützer koordiniert. Das Bündnis fordert offen zu friedlichen Blockaden des Nazi-„Trauermarsches“ auf, nach Auffassung von CDU, FDP und Teilen der SPD und der Bürgerfraktion ein Rechtsbruch. So will die AG auch nicht zu Blockaden aufrufen, verurteilt diese aber auch nicht mehr. „Es gibt keine höher- oder niederwertigen Protestformen“, lautet der zentrale Konsens. Im sächsischen Landtag scheiterte allerdings ein auf Gemeinsamkeit zielender SPD-Antrag bei CDU und FDP an der Blockadefrage. Getrübt wird die neue Einigkeit in Dresden auch durch Polizeipräsident Dieter Kroll, der weiterhin „den gesamten Instrumentenkasten“ gegen Blockierer einsetzen will.

Die CDU verfolgte bislang eher eine Vogel-Strauß-Politik und sah im „Stillen Gedenken“ die einzige Umgangsform mit dem 13. Februar, so als existiere der mittlerweile größte europäische Nazi-Aufzug nicht. Schwierigkeiten mit der Gedenkkultur am markantesten Datum in der über 800-jährigen Stadtgeschichte hatte Dresden von Anfang an. Während der DDR-Jahre dominierte bei den Dresdner Gedenkritualen zwar der Ruf „Nie wieder Krieg!“. Latent blieb aber der noch von Goebbels genährte Mythos von der unschuldigen und entmilitarisierten Kunststadt, deren Zerstörung durch „anglo-amerikanische Bomber“ ein militärisch sinnloser Terrorakt gewesen sei.

Mit der Flut von Dresden-Literatur und dem Historikerstreit über den alliierten Bombenkrieg setzte eine zunehmende Polarisierung ein. Neonazis entdeckten ein Propagandafeld, mischten sich bei Ritualen wie der Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof ein, inszenierten eigene „Trauermärsche“ mit bis zu 7000 Teilnehmern. Als Reaktion darauf gab es Menschenketten und Gegendemonstrationen, der symbolisch aufgeladene 13. Februar geriet zu einem Tag der Generalauseinandersetzung mit dem braunen Ungeist.

Mögliche Troz mobilisierungen der Nazis am kommenden Sonnabend werden stark vom Verlauf des heutigen Tages abhängen. „Freie Kräfte“ haben für den Abend einen Fackelzug mit etwa 1000 Teilnehmern angemeldet. Gegendemonstranten mobilisieren deshalb auch bundesweit.

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12275191/492531/Nach-langer-Uneinigkeit-findet-die-Stadt-eine-gemeinsame.html>

Ich empfinde das als Schikane!

Sächsische Grüne als »Blockiererin« von der Justiz verfolgt

Die sächsische Grünen-Landtagsabgeordnete Eva Jähnigen sieht sich von der Justiz zu Unrecht als »Blockiererin« eines Neonazi-Aufmarsches verfolgt. Die 46-Jährige hatte am 19. Februar 2011 in Dresden als Polizeibeobachterin die Demonstrationen gegen einen Neonazi-Aufmarsch begleitet. Nun droht Aufhebung der Immunität. Thomas Blum sprach mit ihr.

nd: Bei einigen Politikern der LINKEN wurde zum Zwecke der Strafverfolgung deren Immunität aufgehoben, weil sie im vergangenen Jahr in Dresden gegen Neonazis demonstrierten. Nun droht auch Ihnen die Aufhebung Ihrer Immunität, weil Sie an einer Blockade teilgenommen haben sollen?

Jähnigen: Ich war am 19. Februar 2011 als Polizeibeobachterin unterwegs im Rahmen einer bürgerschaftlichen Initiative - Rechtsanwälte, Bürger, Abgeordnete verschiedener Fraktionen der Opposition. Wir haben da verschiedene Demonstrationen, Blockaden, kirchliche Mahnwachen besucht. Ich habe mich auch mit Polizeibeamten unterhalten und das Geschehen vor Ort verfolgt. Als Gegendemonstranten eingekesselt wurden, habe ich versucht, mit der Polizei zu vermitteln. Wir wussten ja, dass die Nazis längst weggefahren sind. In dem Rahmen ist meine Identität dann festgestellt worden.

Jetzt wird daraus ein Vorwurf konstruiert. Das Besondere und auch Widersprüchliche an meinem Fall ist: Dem Polizeieinsatz an diesem Tag wurde ein sehr kritisches Zeugnis ausgestellt, dem ich mich angeschlossen habe, als innenpolitische Sprecherin meiner Fraktion. Dann hat man mich zu einer Vernehmung eingeladen, weil die Polizei wissen wollte, was die Polizeibeobachter beobachtet haben. Dadurch wollten sie an Beweismittel herankommen.

Der Öffentlichkeit wird suggeriert, ich hätte blockiert. Wenn es so wäre, würde ich dazu stehen und sagen: Ja, erkenne meine Immunität ab, dann muss ein Gericht darüber befinden, ob das rechtens ist.

Eine Einschüchterungsmaßnahme? Sollen Sie so davon abgehalten werden, gegen Neonazis zu demonstrieren?

Natürlich ist das absurd. Ich empfinde das als Schikane. In jedem Bundesland ist es normal, dass Abgeordnete vor Ort gucken, was geschieht, die Polizei beobachten, sich für Gewaltlosigkeit einsetzen. In Sachsen wird dann Polizeibeobachtern unterstellt, sie würden die Autorität der Polizei angreifen und zur Gewalt aufrufen. Ich habe den Eindruck, dass alles, was kritisch ist, kriminalisiert werden soll. Ich werde mich nicht einschüchtern lassen. Ich werde heute das Gleiche machen wie an jedem 13. Februar: zur Menschenkette gehen und hinterher die Polizei und das Geschehen beobachten. Die Kriminalisierung ist schon da. Andererseits: Wenn eine neonazistische Terrorzelle über zehn Jahre lang von Sachsen aus agiert hat, ohne dass sich die sächsischen Behörden darüber klar geworden wären, fragen sich die Leute natürlich auch: Wo sind denn eigentlich die Probleme?

Aber die Regierung hat ja nichts gemerkt. Sie sagen selbst: Sachsen ist mittlerweile zu einer Hochburg des Rechtsradikalismus geworden und offenbar lernen weder Politiker noch Behörden irgendwas aus der Situation.

Das Verdrängen bei der Regierung hat noch nicht aufgehört. Ich glaube aber, dass viele Menschen in der Bürgerschaft nachdenklich geworden sind. Dass es jetzt erstmals auch einen christlichen Blockade-Aufruf gibt und nicht nur den von »Dresden nazifrei«, daran sehen Sie, dass unsere Bürgerschaft in Bewegung ist, weil sie eben sieht, dass die

Regierung immer noch die Probleme bagatellisiert und verdrängt. Und das nach diesen Vorfällen.

Das Bedürfnis nach Ruhe bei einem nicht geringen Teil der Bevölkerung ist hoch. Das spricht nicht dafür, dass es so etwas gibt wie ein bürgerschaftliches Bewusstsein gegen Rechts.

Das Bewusstsein ist noch nicht breit genug in Sachsen. Ich bin mit der Situation nicht zufrieden. Ich kann aber für Dresden ebenso wie andere Städte sagen, dass die Anzahl der Leute, die sich engagieren wollen, ansteigt. Eine erstaunlich große Anzahl der Bürger akzeptiert gewaltfreie Aktionen. Und diese erneute Kriminalisierungswelle ist eine Reaktion darauf. Das sind für Dresden relativ überraschende Ergebnisse.

Sie werden also wie letztes Jahr an Aktionen teilnehmen, unabhängig davon, dass Sie jetzt strafverfolgt werden und Ihre Immunität möglicherweise aufgehoben wird?

Genau, ich werde mich nicht einschüchtern lassen. Ich halte das zivilgesellschaftliche Engagement nicht für ausreichend, sehe aber, dass es wächst, gerade weil die Regierung so wenig handelt und weil der Staat an der falschen Stelle kriminalisiert.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/218304.ich-empfinde-das-als-schikane.html>

rbb-online.de | 13.02.2012

Verstärkte Polizeikontrollen vor Neonazi-Aufmarsch

Vor dem geplanten Neonazi-Aufmarsch in Dresden kontrolliert die Bundespolizei seit Montagmorgen verstärkt Bahnhöfe im Süden Brandenburgs.

Nach rbb-Informationen sind Beamte in mehreren Städten im Einsatz, darunter Cottbus, Senftenberg (Oberspreewald-Lausitz) und Elsterwerda (Elbe -Elster). Sie wollen Ausschreitungen verhindern sowie Personen und Gepäck überprüfen. Allein aus Cottbus wollten bis zu 70 Menschen in die sächsische Landeshauptstadt fahren, um sich den Rechtsradikalen in den Weg zu stellen. Das sagte ein Sprecher des Bündnisses "Cottbus nazifrei" dem rbb.

In Dresden wollen heute bis zu 2000 Rechtsradikale aufmarschieren. Anlass ist die Zerstörung der Stadt vor 67 Jahren durch alliierte Bomber. Neonazis missbrauchen das Datum seit geraumer Zeit für ihre Zwecke.

25.000 Menschen kamen bei Luftangriffen ums Leben

Dresden war am 13. und 14. Februar 1945 durch englische und US-amerikanische Bomber in Schutt und Asche gelegt worden. Bei den Luftangriffen der Alliierten kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges kamen etwa 25.000 Menschen ums Leben.

Auf Friedhöfen und in Kirchen wird in Dresden am Montag der Opfer gedacht. Auf dem Heidefriedhof, der letzten Ruhestätte vieler Bombenopfer, werden weiße Rosen niedergelegt. Am späten Nachmittag soll dann eine Menschenkette um die Altstadt gebildet und werden. In die Kette werden sich unter anderen Oberbürgermeisterin Helma Orosz und Regierungschef Stanislaw Tillich (beide CDU) einreihen. Erwartet werden auch die Grünen-Politiker Claudia Roth, Cem Özdemir, Renate Künast und Jürgen Trittin, der Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) sowie die Linke-Bundesvorsitzende Gesine Löttsch.

Bis in die Nacht hinein gibt es in den Kirchen der Stadt Gelegenheit zum stillen Gedenken. "Mit Mut und Toleranz - Dresden bekennt Farbe" ist das Motto dieser und anderer Aktionen, zu denen die überparteiliche städtische Arbeitsgruppe "13. Februar" aufgerufen hat.

http://www.rbb-online.de/nachrichten/politik/2012_02/verstaerkte_polizeikontrollen.html

Saarländische Online-Zeitung | 13.02.2012 | Jacob Jung

Der Widerstand gegen Nazis ist in Deutschland strafbar

Gefährliches Signal für die Gesellschaft

Während in Deutschland noch darüber diskutiert wird, ob Politik und Behörden „auf dem rechten Auge blind sind“, werfen die Staatsanwaltschaft Dresden und der Immunitätsausschuss des Bundestages ein schwerwiegendes Argument in die Waagschale, das den Verdacht einmal mehr bestätigt. Am 9. Februar 2012 hat der zuständige Ausschuss mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD die Immunität der beiden Abgeordneten der Bundestagsfraktion der Linkspartei, Caren Lay und Michael Leutert, aufgehoben und damit den Weg für ein Ermittlungsverfahren wegen „Sprengung einer Versammlung“ frei gemacht.

Dresden: Größter Nazi-Aufmarsch Europas

Bei der „gesprengten Versammlung“ handelt es sich um den größten Nazi-Aufmarsch Europas, der am 13. Februar 2011 in Dresden stattfinden sollte. Jahr für Jahr kommen hier Nazis aus allen Teilen Deutschlands zusammen, um im Rahmen von „Trauermärschen“ an die Luftangriffe der Alliierten im Februar 1945 zu erinnern.

Den Anfang dieser propagandistischen Tradition der rechten Szene machte am 13. Februar 1990 eine Veranstaltung in Dresden, die von dem britischen Holocaust-Leugner David Irving genutzt wurde, um vor 500 zustimmenden Teilnehmern die Luftangriffe als Völkermord zu bezeichnen.

Seitdem hat sich die Zahl der teilnehmenden Nazis an entsprechenden „Gedenkveranstaltungen“ jährlich erhöht. Im Jahr 2001 versammelten sich rund 750 Rechtsextremisten in Dresden, im Jahr 2004 etwa 2.100 und im Jahr 2005 bereits 6.500. Im Jahr 2010 ist es Gegendemonstranten gelungen, den Nazi-Aufmarsch durch Blockaden zu verhindern. Die Polizei konnte den Marsch der Rechtsextremisten durch den Widerstand auf keiner möglichen Route absichern und untersagte ihn in der Folge. Die Nazis mussten sich auf eine Standkundgebung vor dem Bahnhof Dresden-Neustadt beschränken.

Auch am 13. Und am 19. Februar 2011 wehrten sich Tausende Bürger, Aktivisten, Politiker und Antifaschisten gegen die Nazi-Demos und konnten den Marsch der Rechtsextremisten wiederum erfolgreich verhindern. Erst Monate später wurde bekannt, dass die Polizei durch eine Funkzellenabfrage Hunderttausende Verbindungsdaten von Demonstranten und auch Unbeteiligten gespeichert hat. Am Abend des 19. Februars 2011 kam es zu rechtswidrigen Durchsuchungen der Büros des Stadtverbandes der Linkspartei in Dresden. Im August 2011 wurde zudem die Dienstwohnung des Jenaer Stadtpfarrers Lothar König von der sächsischen Polizei durchsucht.

Die Aufhebung der Immunität von Caren Lay und Michael Leutert erfolgte auf Antrag der Staatsanwaltschaft Dresden, die den beiden Abgeordneten im Zusammenhang mit ihrer

Beteiligung an den Demonstrationen gegen die Rechtsextremisten die „Sprengung einer Veranstaltung“ vorwirft.

Eigentlich sollte die Demokratie stolz sein

Lay und Leutert hatten sich an einer Blockade gegen den Naziaufmarsch beteiligt, die am Rande der Gegendemonstrationen des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ stattfand. Um Ermittlungen gegen die beiden Politiker aufnehmen zu können, hatte die Dresdner Staatsanwaltschaft die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten beantragt.

Die Staatsanwaltschaft regierte damit auf Anzeigen, die durch die NPD gestellt worden waren. Die rechtsextreme Partei hatte einzelne Teilnehmer auf Fotos der Gegendemonstrationen identifiziert und in der Folge unter anderem Caren Lay und Michael Leutert angezeigt.

Dem Antrag der Staatsanwaltschaft folgend, hatte der Immunitätsausschuss im deutschen Bundestag die Immunität der beiden Abgeordneten am 9. Februar 2012 aufgehoben. Die Entscheidung des Ausschusses erfolgte dabei sowohl mit den Stimmen der CDU und der FDP als auch mit denen der SPD.

Vor der Abstimmung wollten Lay und Leutert dem Ausschuss darlegen, dass die Anklage vor dem Hintergrund eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages juristisch nicht vertretbar ist. Allerdings wurde es den beiden Abgeordneten verwehrt, vor dem Ausschuss zu sprechen.

Insgesamt ermittelt die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit den Gegendemonstrationen gegen rund 200 Teilnehmer. Hierunter befanden sich auch weitere Landtags- und Bundestagsabgeordnete verschiedener Parteien. Gegen diese hatte die Staatsanwaltschaft die Verfahren jedoch gegen Zahlung von rund 500 Euro eingestellt. Darauf wollten sich Lay und Leutert jedoch nicht einlassen. Hierzu Caren Lay:

„Ich fühle mich im Recht, ich verbreche nichts, wenn ich mich friedlich gegen Rechtsextremismus engagiere.“

In einem Video vom 10. Februar 2012 äußert sich Caren Lay zu der Aufhebung ihrer Immunität und beschreibt dazu ihre Auffassung über die friedlichen Maßnahmen gegen die rechtsradikalen Aktivitäten in Dresden:

http://www.youtube.com/watch?v=fPgo3qhyLNg&feature=player_embedded

„Uns ist es gemeinsam gelungen, diesen größten Nazi-Aufmarsch Europas zu verhindern und zwar mit friedlichen Mitteln, mit zivilem Ungehorsam. Eigentlich sollte die Demokratie darauf stolz sein. Und vor dem Hintergrund bin ich auch besonders erschrocken, dass der Bundestag unsere Immunität aufgehoben hat.“

Besonders empört zeigt sich Lay darüber, dass die Staatsanwaltschaft mit ihren Ermittlungen ausgerechnet auf eine Anzeige aus den Reihen der NPD reagiert und dass auch die Ausschussmitglieder der SPD für die Aufhebung der Immunität gestimmt haben:

„Alle Erklärungen, die man hier in den letzten Monaten abgegeben hat, nachdem die Terrorzelle bekannt geworden ist, scheinen ja dann für die Abgeordneten von CDU und FDP aber leider auch von SPD doch nur eine Sonntagsrede gewesen zu sein. Denn wenn man es in der Praxis auch ernst meint, mit diesen Erklärungen, dann hätte man unsere Immunität aus meiner Sicht auch schützen müssen.“

Gefährliches Signal für die Gesellschaft

Beobachter können sich nicht vorstellen, dass der Zeitpunkt für den Antrag der Staatsanwaltschaft und die Aufhebung der Immunität zufällig gewählt wurde. Eine solche Entscheidung wenige Tage vor dem 13. Februar 2012 zu treffen, somit unmittelbar bevor in Dresden wiederum Bürger, Aktivisten, Politiker und Antifaschisten zum Widerstand

gegen den diesjährigen Nazi-Aufmarsch aufrufen, sendet ein deutliches und gefährliches Signal in die Gesellschaft.

Hierdurch wird der berechtigte, ehrenhafte und zutiefst demokratische Widerstand gegen braunes Gedankengut und rechtsradikale Aktivisten kriminalisiert und zum negativen Exempel statuiert. Den Menschen soll der Eindruck vermittelt werden, dass sie sich strafbar machen, wenn sie sich an den zahlreichen Aktionen gegen den neuerlichen Nazi-Aufmarsch beteiligen, zu denen das Bündnis „Dresden Nazifrei“ auch in diesem Jahr aufruft.

Es wäre eindeutig die Aufgabe des Immunitätsausschusses gewesen, der Dresdner Staatsanwaltschaft entschieden entgegenzutreten und der Behörde deutlich zu zeigen, dass es nicht hinnehmbar ist, den Widerstand gegen Rechtsextremismus und Faschismus zum Ziel strafrechtlicher Verfolgung zu machen. Dass die Immunität von Caren Lay und Michael Leutert im breiten Konsens der Stimmen von CDU, FDP und SPD aufgehoben wurde, muss auch vor dem Hintergrund der Frage nach der Ernsthaftigkeit, mit der diese Fraktionen gegen Rechtsextremismus vorgehen wollen, betrachtet werden.

Wer auf der einen Seite vorgibt, sich gegen rechtes Gedankengut, braune Ideologien und rechtsmotivierten Terror einzusetzen, der kann nicht auf der anderen Seite genau diejenigen strafrechtlich verfolgen lassen, die sich den Nazis entgegen stellen, ohne dabei seine Glaubwürdigkeit zu verlieren. Die Tatsache, dass die Ermittlungen der Dresdner Staatsanwaltschaft ausgerechnet auf Anzeigen der NPD beruhen, macht die ganze Angelegenheit zusätzlich zur Farce und nährt begründete Zweifel daran, auf welchen ideologischen Grundlagen die Arbeit dieser Behörde beruht.

Es bleibt zu hoffen, dass sich trotz des Versuches, den Widerstand gegen die Nazis zu kriminalisieren, möglichst viele Menschen nicht davon abhalten lassen, den Rechtsextremisten am 13. Februar in Dresden mutig und entschieden entgegenzutreten.

Hinweise auf die geplanten Aktionen und viele weitere Informationen gibt es auf der Internetseite des Bündnisses „Dresden Nazifrei“, dessen Besuch hier dringend empfohlen wird – <http://www.dresden-nazifrei.com/>

<http://www.s-o-z.de/?p=62352>

Spiegel online | 13.02.2012 | Maximilian Popp

Neonazis rüsten zum Fackellauf durch Dresden

Seit dem Morgen fliegen Hubschrauber über die Stadt, die Polizei hat Straßen abgesperrt: Hunderte Neonazis marschieren am Abend durch Dresden, sie missbrauchen den Jahrestag der Bombardierung für ihren Protest. Linken Gegendemonstranten wird es in der Sachsenstadt immer noch schwer gemacht. Als Dieter Kroll erkannte, dass er den Konflikt anders nicht begreifen würde, begann er zu malen. In seinem Büro im Dresdner Polizeipräsidium hängen meterlange Papierrollen an der Wand. Polizeichef Kroll hat die Vorgaben an seine Beamten für den 13. Februar zusammengefasst. Ein Wort hat er mehrfach unterstrichen: "Verhältnismäßigkeit." Denn genau daran fehlte es im vergangenen Jahr. Als zum Gedenken an die Dresdner Bombennacht vom 13. Februar 1945 Tausende Rechtsextremisten demonstrierten und sich Nazi-Gegner ihnen in den Weg stellten, kam es zu Ausschreitungen, Müllcontainer brannten, rund hundert Polizisten wurden verletzt. Die Polizei wurde bundesweit für ihr Krisenmanagement gerügt.

Für diesen Montagabend haben Neonazis erneut mobilisiert. Sie lassen sich nicht irritieren von der verschärften Beobachtung der Szene seit Bekanntwerden der neonazistischen

Mordserie von Zwickau. 2000 Rechtsextremisten aus ganz Europa und 10.000 Gegendemonstranten wurden in Dresden erwartet. Bis zum Abend versammelten sich am Bahnhof laut Polizei rund 1000 Neonazis - weniger als gedacht. Hunderte Gegendemonstranten formierten sich in Sicht- und Hörweite.

Krolls Aufgabe ist es, zu verhindern, dass sich die Bilder vom Vorjahr wiederholen. Seit etwa einem Jahr ist er im Amt. Sein Vorgänger musste nach Kritik an den Ermittlungen um den 13. Februar zurücktreten. Kroll hat als Polizeipräsident einen schwierigen Job geerbt. Die Dresdner Bombennacht ist eines der komplexesten und ideologisch anfälligsten Ereignisse der jüngeren deutschen Geschichte.

769 Lancaster-Maschinen der Royal Airforce flogen am 13. Februar 1945 über Dresden und warfen mehr als 2600 Tonnen Bomben ab. Am nächsten Tag entluden 311 amerikanische Kampfflieger 700 Tonnen. Mindestens 20.000 Menschen kamen bei dem Angriff der Alliierten ums Leben. Bis heute streitet die Stadt, wie sie angemessen an die Opfer erinnern soll.

In den Jahren nach der Wende beschränkte sich das Gedenken auf Glockengeläut und Lichterketten vor der Ruine der Frauenkirche. Mitte der neunziger Jahre kamen die Neonazis. Zunächst waren es hunderte, zuletzt 7000.

"Die Bürgerschaft war nicht entschlossen genug, diesem Spuk ein Ende zu bereiten", sagt der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Gruppen engagierter Bürger haben immer wieder gegen die Neonazis mobilisiert. Ein entschiedenes Vorgehen gegen Rechts scheiterte an der Politik.

"In einer Tour aufs falsche Pedal"

"Die Stadt hat Gegenaktivitäten nicht nur nicht unterstützt, sondern phasenweise behindert", sagt Ralf Hron vom sächsischen Gewerkschaftsbund. "In Dresden laufen Sachen, die im Rest der Republik undenkbar sind." Stefan Kramer, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, kritisiert, dass man "in Sachsen eine politische Auseinandersetzung mit den Rechten scheut."

Tatsächlich scheint es, als würden sächsische Behörden und Justiz mit aller Härte Bürger verfolgen, die sich gegen Neonazis stellen, die Rechtsextremisten aber gewähren lassen. Während NPD und Junge Landsmannschaft Ostdeutschland jahrelang attraktive Marschstrecken bekamen, wurden Demos der Linken konsequent aus dem Zentrum verdrängt. Dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) wurde im vergangenen Jahr eine Mahnwache gegen Rechtsradikalismus untersagt, der Gedenkmarsch eines Linken-Abgeordneten zu Dresdner NS-Tatorten wurde massiv eingeschränkt. "Man hat das Gefühl, es wird in einer Tour aufs falsche Pedal getreten", sagt Robert Koall, Chef dramaturg am Dresdner Schauspielhaus.

In einer bundesweit beispiellosen Spitzel-Aktion spionierte die sächsische Polizei im Februar 2011 in Dresden die Telefone zehntausender Bürger aus - von Anti-Nazi-Demonstranten ebenso wie von unbeteiligten Anwohnern, Abgeordneten, Journalisten, Touristen. Der sächsische Datenschutzbeauftragte Andreas Schurig kritisierte den Einsatz als "unverhältnismäßig" und "in Teilen rechtswidrig". Ebenfalls im Februar 2011 stürmten 120 sächsische Elitepolizisten ein Dresdner Jugendzentrum, in dem sie linke Steinewerfer vermuteten.

Neonazis als schutzbedürftige Minderheit

Der Dresdner Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann brandmarkt friedliche Anti-Nazi-Demonstranten weiterhin als "Alliierte der Gewalttäter". Im Dezember verurteilte das Amtsgericht Dresden einen jungen Blockierer zu einer Geldbuße, die über das von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafmaß hinausging. Bei Neonazis handele es sich um

eine schutzbedürftige Minderheit, erklärte der Richter.

Gegen den Fraktionschef der sächsischen Linken wurde erst vor wenigen Wochen Strafbefehl erlassen. Die Staatsanwaltschaft will ihn als "Organisator und Kopf" einer Blockade ermittelt haben - an der er nachweislich nicht teilnahm. Der Landtag hat inzwischen seine Immunität aufgehoben. Johannes Lichdi, rechtspolitischer Sprecher der sächsischen Grünen, fasst es so zusammen: "In Dresden wird alles platt gemacht, was das offizielle Gedenken stört."

Nach verheerender öffentlicher Kritik hat die Stadtregierung begonnen, Fehler zu korrigieren. Sie hat eine Historikerkommission einberufen, um die Opferzahlen vom 13. Februar 1945 zu ermitteln, und sie hat den Theologen und Bürgerrechtler Frank Richter berufen, als Moderator einer "Arbeitsgemeinschaft 13. Februar" den Konflikt zu entschärfen. Doch ein geschlossener Protest aller gesellschaftlicher Gruppen gegen Rechts wird weiterhin durch den Streit ums Gedenken erschwert.

Der Dresdner FDP-Chef verweigert jede Zusammenarbeit mit Linken: "Ich will nicht mit dem Fanclub des einen Massenmörders gegen den des anderen demonstrieren." In Dresden fliegen seit dem Morgen Hubschrauber über der Stadt. Polizisten haben Straßen abgesperrt. Krolls Beamte rüsten sich für den schwierigsten Einsatz des Jahres. Die Rechtstextremisten wollen am Abend mit Fackeln durchs Stadtzentrum marschieren. Zwar gibt sich die NPD bürgerlich zahm, seit ein erneutes Verbotverfahren droht. Den 13. Februar aber wollen die Kameraden weiter für ihre Geschichtsklitterung nutzen.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,815017,00.html>

stern.de | 13.02.2012 | Lars Radau

Eine Stadt hat die Nazis satt

Dank den Blockaden des Bündnisses "Dresden nazifrei" und einer flexiblen Polizeistrategie fiel der Neonazi-Aufmarsch zum Jahrestag der Bombardierung der Stadt kümmerlicher aus als befürchtet.

Die Situation wirkt von Minute zu Minute bedrohlicher: Der weißgekleidete Trommler steigert das Tempo seiner dumpfen Schläge, die Sprechchöre, Buhrufe und Pfiffe schwellen an. Auf der einen Seite der Polizeiabsperrung ziehen immer mehr durchtrainierte junge Männer ihre Halstücher vor das Gesicht und die Mützen und Kapuzen tief in die Stirn – offenbar bereit zum Angriff. Auf der anderen Seite der Polizeiabsperrung sind ebenfalls dumpfe Klänge zu hören, langsam schieben sich brennende Fackeln ins Blickfeld. Sie werden von Neonazis getragen, die mit einem Trauermarsch das Gedenken an den Jahrestag der Bombardierung Dresdens am 13. Januar 1945 für sich instrumentalisieren wollen.

Zwischen den beiden Sperrketten aus Polizisten, Gittern und Einsatzfahrzeugen liegen nicht einmal 80 Meter. Das indes, sagt Dresdens Polizeisprecher Marko Laske, gehöre zum Konzept. Dessen oberster Grundsatz lautet in diesem Jahr "Verhältnismäßigkeit". Hatten die Behörden in den vergangenen Jahren noch versucht, den Neonazi-Spuk und Gegendemonstrationen räumlich weit und rigide zu trennen, dürfen die rund 6000 Nazigegner ihren Unmut jetzt durchaus in "Sicht- und Hörweite" des Fackelumzuges artikulieren. Gleichzeitig hat die Dresdner Polizeidirektion in diesem Jahr ganz offensichtlich zu einem flexibleren Umgang mit dem Begriff "Blockade" gefunden. Wo die Beamten in den Vorjahren angefangen hätten, sich niederlassende Gegendemonstranten auch mit Hilfe von Wasserwerfern abzuräumen, spricht Laske jetzt von "spontanen

Menschenansammlungen". Die werden an diesem Tag schnell mehrere hundert Teilnehmer stark – und ebenso schnell von Mitgliedern des Bündnisses "Dresden nazifrei" als Spontankundgebung angemeldet.

"Spontane Menschenansammlungen" als Konzept

Damit sind sie rechtlich gesehen keine Blockade mehr – erfüllen aber trotzdem ihren Zweck: Die Marschroute, auf der die Neonazis mit ihren Fackeln durch Dresden ziehen, muss deutlich verkürzt werden. Auch wenn Laske einen direkten Zusammenhang mit den "spontanen Menschenansammlungen" ausdrücklich nicht herstellen will – unzufrieden klingt der Polizeisprecher nicht. Zumal er sogar ein kleines Lob von den Organisatoren der Gegendemonstrationen erntet: Die Polizei, sagt Stefan Thiele von "Dresden nazifrei", habe so etwas wie die Quadratur des Kreises geschafft: Auf der einen Seite musste sie das Demonstrationsrecht der Neonazis durchsetzen. Auf der anderen Seite habe sie aber auch den gewaltfreien Blockaden des Aufmarsches; zu denen das Bündnis explizit aufgerufen hatte, Raum gelassen.

So sind am späten Montagabend zwei von drei beteiligten Gruppen des heikelsten Tages im Dresdner Kalender hochzufrieden: Der neue Umgang miteinander habe deutlich zur Deeskalation beigetragen. Selbst die zehn vorläufigen Festnahmen, die es im Laufe des Tages überwiegend wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz gegeben hat, ordnet Marko Laske "eher als Kleinkram" ein. Schließlich seien im Vorjahr allein auf Seiten der Polizei noch rund hundert Verletzte zu verzeichnen gewesen. Auch Stefan Thiele hat eine neue Qualität des Gedenkens und der Gegendemonstrationen ausgemacht. Noch im Vorjahr war ein von "Dresden nazifrei" geplanter Gedenkrundgang an Orte, an denen in Dresden in der NS-Zeit Unrecht geschah und Verbrechen begangen wurden, verboten worden. In diesem Jahr war der "Täterspuren" getaufte Rundgang nicht nur genehmigt – nach Angaben von Teilnehmern wurden Passanten an einem Zwischenstopp sogar vom begleitenden Polizei-Lautsprecherwagen aufgefordert, sich anzuschließen. So, sagt Stefan Thiele, waren es am Ende allein beim nachmittäglichen Rundgang fast 2500 Teilnehmer, von denen sich viele wenig später in den "spontanen Menschenansammlungen" wiedertrafen.

Neonazis soll "der Spaß an Dresden vergehen"

Enttäuscht dürften dagegen die nach Polizeiangaben rund 1600 aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten Neonazis wieder abmarschiert sein. Ihr Fackelumzug startete nicht nur mit einer reichlichen Dreiviertelstunde Verspätung, sondern war aufgrund der verkürzten Route auch viel schneller vorüber als ursprünglich geplant. Genehmigt war der Aufmarsch bis 23 Uhr – doch bereits um 20.45 Uhr erklärt der Versammlungsleiter der Rechtsextremisten die Veranstaltung offiziell für beendet. Verstärkt worden sei die schlechte Stimmung nach dem Mini-Aufmarsch zudem noch dadurch, dass sich Vertreter der NPD und militante Rechte nach Angaben von Beobachtern hörbar in die Haare bekamen.

Damit dürfte auch ein weiteres Ziel des Bündnisses "Dresden nazifrei" erreicht sein: Ein Anspruch der Gegenaktionen ist es explizit, den Neonazis "den Spaß an Dresden zu verderben." Parallel zu den Blockade-Aktionen hatten sich um 18 Uhr auch mehr als 13.000 Dresdner zu einer Menschenkette um die Innenstadt zusammengeschlossen, um sie symbolisch vor den Neonazis zu schützen. Die Botschaft des "bürgerlichen Händchenhaltens", wie diese offizielle Veranstaltung etwas spöttisch aus den Reihen des Blockade-Bündnisses genannt wird, sei immerhin die gleiche: "Diese Stadt", sagt Stefan Thiele, "hat Nazis satt."

<http://www.stern.de/politik/deutschland/dresdner-halten-rechten-aufmarsch-im-zaum-eine-stadt-hat-die-nazis-satt-1786323.html>

Hart gegen die Gegner der Neonazis

Bislang haben die sächsischen Behörden praktisch nichts unternommen, um die Horden von Neonazis zu bremsen, die alljährlich zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens in der Elbestadt einfallen. Dafür verfolgt Sachsens Polizei Bürger, die sich gegen Neonazis stellen. Vor einem Jahr hat Wolfgang Thierse provokant von der "sächsischen Demokratie" gesprochen. Damals hatte es schwere Ausschreitungen bei einem Aufmarsch von Rechtsextremen in Dresden gegeben. Der Bundestags-Vizepräsident kritisierte die Polizei, der es vor allem darum gegangen sei, "Neonazis zu schützen", statt friedliche Proteste gegen die Rechtsextremen zuzulassen. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich dagegen. Doch heute ist das Wort von der "sächsische Demokratie" aktueller denn je. Seit Thierses Worten ist einiges vorgefallen, was Anlass zum Nachdenken gibt.

So haben die sächsischen Behörden bislang praktisch nichts unternommen, um die Horden von Neonazis zu bremsen, die alljährlich zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 in der Elbestadt einfallen, auch blieben sächsische Überwachungsstellen über viele Jahre hinweg völlig untätig in Bezug auf die rechtsterroristische Zelle aus Zwickau, die allein in und um Chemnitz zehn Banküberfälle begehen konnte, ohne je ausfindig gemacht zu werden. Hingegen werden bis heute Bürger und Politiker hartnäckig verfolgt, die sich den in Dresden marschierenden Neonazis entgegenstellen.

Staatsanwälte eröffneten eine Flut von Verfahren gegen Bundes- und Landespolitiker von SPD, Grünen und Linkspartei, die nun allenthalben dazu führen, dass im Bundestag wie auch in anderen Bundesländern die Immunität der betroffenen Volksvertreter zur Disposition steht. Überdies fragten die Ermittler rund eine Million Handy-Daten ab, die zumeist völlig unbeteiligte Bürger betrafen. Zwar ist die Menge der erhobenen Daten vermutlich kaum zu bearbeiten, weshalb der ermittlungstechnische Nutzen begrenzt sein dürfte. Dafür wurde jedoch der Eingriff in die Privatsphäre von Tausenden Unbeteiligten in Kauf genommen.

Das scheint ein Kern des Problems zu sein: Die Verhältnismäßigkeit der Mittel stimmt oftmals nicht. Da wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen, und wenn sich im Nachhinein herausstellt, dass eine Maßnahme rechtswidrig war, wie es im Fall einer Durchsuchung mit der Kettensäge kürzlich sogar gerichtlich festgestellt wurde, dann zahlt der Freistaat zwar zähneknirschend die Entschädigung - ein Wort der Erklärung oder gar der Entschuldigung dürfen die Opfer aber nicht erwarten.

All dies offenbart eine erschreckende Einseitigkeit der sächsischen Behörden. Anscheinend ist da mancher auf dem rechten Auge blind. Anders ist jedenfalls kaum zu erklären, wieso die Beobachtung und Verfolgung von Rechtsextremen bislang derart lax betrieben wurde, während Menschen, die gegen Rechtsdemonstranten auf die Straße gingen, mit solch ungebremseter Wut verfolgt werden. An diesem Montag droht nun wieder ein rechter Aufmarsch in Dresden. Es wäre eine Gelegenheit für Sachsen und seine Landesregierung, diese unselige Strategie endlich zu ändern.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/saechsische-demokratie-hart-gegen-die-gegner-der-neonazis-1.1282478>

Braune Rituale

Bis zu 2.000 Neonazis werden in Dresden erwartet. Die rechte Szene hat wegen der zunehmenden Proteste lange über den Verlauf des "Gedenkmarsches" nachgedacht.

DRESDEN taz | Am Hauptbahnhof kommen die Neonazis an. "Das Eintreffen ist sichergestellt", prangt am Montagmorgen in roten Buchstaben auf der Mobilisierungswebsite des "Aktionsbündnis gegen das Vergessen". Bis 18.00 Uhr werden in Dresden an die 2.000 Neonazis zu dem alljährlichen vermeintlichen Gedenkmarsch erwartet. "Die Landtagsfraktion mit Herrn Apfel wird da sein", versichert der NPD-Bundespressesprecher Frank Franz der taz. Auch sie will dem "Befehl des Gewissens" folgen.

Gleich nahe dem Bahnhof, an der Ammonstraße hat das "Aktionsbündnis" um Maik Müller ihren Veranstaltungsauftakt. Im vergangenen Jahr war den Freien Nationalisten die Zusammenarbeit mit der NPD nicht ganz so recht.

2012, ist aber nicht 2011: Die Erfahrungen an der Elbe, wegen dem breiten Protest nicht wie geplant aufmarschieren zu können, wirken nach. In diesem Jahr haben die militanten Neonazis anlässlich des Marsches wegen des Luftangriffes auf Dresden 1945 eng mit der NPD zusammen gearbeitet.

Zwei Mal in Folge, 2011 und auch 2010, war die Szene von der NPD über die Kameradschaften bis zu den Autonomen Nationalisten auch nachhaltig enttäuscht. Der einst größte Neonazimarsch in Europa mit bis zu über 6.000 Teilnehmer wurde zum wiederholten Mal durch einen vielfältigen Widerstand gestoppt.

Das rund 800 Neonazis spontan durch den Stadtteil Plauen marschierten und Kameraden das linke Wohnprojekt "Praxis" im Stadtteil Löbtau angreifen konnten, hob die Stimmung wenig. "Dresden 2011 endet mit Niederlage" erklärte noch am Abend des Marsches das Szeneportal "Mupinfo".

Wie weiter Gedenk- und Trauermärsche ausrichten, wurde heftig diskutiert – sehr heftig. Die "Junge Landsmannschaft Ostdeutschland" (JLO) um den Bundesvorsitzenden Kai Pfürstinger, die über Jahre die Märsche an der Elbe verantworteten, zog eine Marschanmeldung für den 18. Februar 2012 gar zurück.

Nach den "bekannten Problemen" sei ein "zufriedenstellender Ablauf der Vor- nach Nachbreitungen" für eine erneute "Durchführung nahezu unmöglich" gewesen, erklärte indes das "Aktionsbündnis".

Zu viel Gedenkkultur

Mit der Fokussierung auf ein Datum hat sich vor allem Holger Apfel als neuer NPD-Bundesvorsitzender in der Szene etwas durchgesetzt. Noch vor seiner Kampfkandidatur gegen den langjährigen Bundesvorsitzenden Udo Voigt hatte Apfel in der Parteizeitung *Deutsche Stimme* sich im Kontext zu Dresden gefragt: "Warum kann man sich nicht auf einen Tag verständigen, an einem Ort stellvertretend aller Opfer und aller bombardierten Städte zu gedenken".

Und er antwortet in der Mai-Ausgabe der Monatszeitung (Auflage 25.000 Exemplare) 2011 gleich selbst: "Es ist wichtig und richtig, dass wir an Tagen wie dem 13. Februar, die anglo-amerikanischen Vernichtungsexzesse in Erinnerung rufen", wenig zielführend sei, dass jedoch die ersten drei bis vier Monate des Jahres nur der "Gedenkkultur gewidmet werde.

Mehr noch: Er schimpfte gar, das "nationale Lager" würde sich "teilweise nur noch über

seine Trauerkultur definieren". Will doch seit Jahren schon die NPD-Führung einen gegenwartsbezogenen Kurs vorantreiben.

Spontane Kleinaktionen

Aber nicht bloß die NPD sucht nach neuen Wegen. Die Aktionsformen selbst hinterfragen Freie Nationalisten. Weg von angemeldeten Großaktionen, hin zu spontanen Kleinaktionen ist das neue Credo der ewig Gestrigen.

In den vergangenen Jahren rief das "Aktionsbündnis" schon öfters zu Aktionswochen vor dem Marsch an der Elbe auf. In diesem Jahr scheinen Freie Nationalisten jedoch in über 30 Städte kleinere und größere Aktionen durchgeführt zu haben - von Kreuze und Kerzen aufstellen, über Infostände und Flugblattverteilung, bis hin zu Transparente und Plakate aufhängen.

In manchen Städten wie Berlin, Dresden oder Celle führten sie mehrere Aktionen durch. Weitere dürften noch bekannt werden.

Mit Flugblättern und selbst gebastelten Puppen, die symbolisch Brandopfer darstellten, fuhren Neonazis in Berlin mehrere Stunden mit der S-Bahn oder der U-Bahn.

Nur ein Marsch angemeldet

"Neue Aktionsformen werden gesucht und auch schon länger ausprobiert", sagt Martin Langebach, Rechtsextremismusexperte von der Universität Düsseldorf.

Dem widerspricht Stefan Thiel vom "Bündnis Dresden Frei" nicht, betont aber: "Es ist jetzt schon ein Erfolg, das die Neonazis dieses Jahr bisher nur einen Marsch offiziell angemeldet haben". Auch wenn für den 18. Februar noch eine weitere Aktion in Dresden folgen könnte.

An der Elbe soll der Marsch traditionell verlaufen. Mit brennenden Fackeln und schwarzen Fahnen planen sie zu marschieren. Eckart Bräuniger, NPD-Bundesvorstand, dürfte als einer der Hauptredner auch wieder vom "Bombenholocaust" sprechen und erneut von den Alliierten Morden bis heute reden.

"Wir sind schuld an der Geschichte" wird auch der weitere Redner Detlev Rose wohl nicht einräumen.

<http://www.taz.de/Aufmarsch-der-Neonazis-in-Dresden/!87607/>

TAZ | 13.02.2012 | Moritz Wichmann

Rundgang auf der Spur der Täter

Dresden – Opfer oder Täter? Im letzten Jahr verbot die Stadt den Geschichtsspaziergang "Täterspuren" noch. Nun kann er zum ersten Mal stattfinden. Die Stationen.

<http://www.taz.de/Die-braune-Geschichte-Dresdens/!87602/>

Kirchen mobilisieren nach Dresden

Unter dem Motto „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Kein Naziaufmarsch, nirgendwo“ rufen inzwischen über 300 PolitikerInnen, BischöfInnen, PfarrerInnen, TheologInnen, EKD-Synodale und kirchlich Engagierte zu einer Beteiligung an den Blockaden gegen den Neonaziaufmarsch am 13. Februar 2012 in Dresden auf. Zu den ErstunterzeichnerInnen des Aufrufs gehören u.a. die Bundestagsvizepräsidenten Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) und Wolfgang Thierse (SPD), die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands, Ilse Junkermann, der Hannoveraner Landesbischof Ralf Meister sowie Oberkirchenrat Christhard Wagner aus Thüringen und Martin Salm, Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ).

Anlaufpunkt für alle diejenigen, die sich am Montag, den 13. Februar 2012 an dem christlichen Sammelpunkt im Kontext der Proteste von „Dresden Nazifrei!“ beteiligen wollen, ist ab 16:30 Uhr der Dippoldiswalder Platz in Dresden-Mitte. In dem Aufruf der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR) heißt es dazu: „Gerade als Christinnen und Christen sind wir aufgefordert uns der menschenverachtenden und menschenfeindlichen Ideologie der Neonazis massiv entgegenzustellen. Wir laden alle Menschen ein, sich am 13. Februar 2012 unter dem Motto „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Keine Naziaufmärsche, nirgendwo“ an unserem christlichen Blockadepunkt zu beteiligen.“

„Wir freuen uns, dass wir mit unserem Aufruf auch eine Debatte über kirchliche Beteiligung an den Protesten gegen Neonazis angestoßen haben,“ so der Sprecher_innenrat der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus. „Angesichts der tödlichen Dimension von Rechtsextremismus und Rassismus halten wir es für notwendiger denn je daran zu erinnern, dass gewaltfreie Blockaden gegen Neonazis eine Gewissensentscheidung sind und zum Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gehören.“

http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2012/02/13/kirchen-mobilisieren-nach-dresden_8010

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 12.02.2012

TAZ | 12.02.2012 | Michael Bartsch & Martin Kaul

Dresden geht denken

In Dresden fällt es schwer, den Weltkriegsopfern zu gedenken. Neonazis versuchen, das Thema zu okkupieren. Der Widerstand dagegen hat das bürgerliche Lager erreicht.

DRESDEN taz | Dieser Friedhof, hier am nördlichen Stadtrand von Dresden, ist der Ort, an dem die ganze Paradoxie dieser Geschichte zum Ausdruck kommt. Hier, zwischen 14 Sandsteinstelen, wurden all die Jahre jene Kränze niedergelegt.

Die Landtagsabgeordneten der CDU brachten ihre Blumengestecke mit, und die Parlamentarier der SPD, genauso wie Opferverbände und die Genossen der SED bis zum Wendejahr 1989. Und dann kamen später, ja, auch diese Mandatsträger der NPD. Betroffen blickten sie alle auf den Boden und gedachten der Opfer jener Bombennacht am 13. Februar 1945.

Es geht um diesen Heidefriedhof. Es geht um die Frage, wie man in Dresden mit Rechtsextremen umgeht. Und es geht darum, wer die wirklichen Opfer waren im Zweiten Weltkrieg. Heute, am 13. Februar, ist der sächsische Landeshauptstadt wieder der Ausnahmezustand garantiert: Wieder wollen Neonazis hier aufmarschieren, wieder soll es Blockaden geben, Menschenketten. 4.500 Polizisten stehen bereit. Und am Heidefriedhof soll endlich etwas Neues passieren. Langsam, ganz langsam ändert sich heute in Dresden wieder ein wenig der Umgang mit der eigenen Geschichte.

Vier Angriffswellen flogen britische und US-Bomber in jener Februarnacht 1945. Sie machten aus der Innenstadt ein Trümmerfeld. Etwa 25.000 Menschen starben. An den Folgen dieser Nacht, im Stadtbild kaschiert durch unterklassige Architektur, leidet die Stadt bis heute. Die paradoxe Art ihres Leidens schmerzt auch andere.

Mythos von der unschuldigen, entmilitarisierten Kunststadt

Neben den Stelen für die ermordeten Juden von Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald erinnert am Heidefriedhof in gleicher Manier ein Sandsteinmonument an die deutschen Opfer. Das ist es, was viele bis heute nicht verstehen: Darf man an einem solchen Ort vor allem der deutschen Opfer gedenken? So als sei der Krieg nicht von Deutschland ausgegangen? Und dies gemeinsam mit Neonazis? Was viele noch weniger verstehen: Warum wurde so wenig unternommen, als Rechtsextremisten sich den Dresdner Opfermythos für ihre Zwecke anzueignen versuchten?

"Nie wieder Krieg!", das war zwar der Ruf, der während der DDR-Jahre die Dresdner Gedenkrituale dominierte. Latent blieb aber der Mythos von der unschuldigen, entmilitarisierten Kunststadt, deren Bombardierung ein militärisch sinnloser, unvergleichlicher Terrorakt gewesen sei - der "angolamerikanische Angriff" wurde eben auch in das Muster des Kalten Krieges eingewebt, in dem USA und Großbritannien in der DDR als Feinde galten.

Schon im Februar 1990 tauchten entsprechende Plakate an der Ruine der Frauenkirche wieder auf. Und mit der Flut von Dresden-Literatur und dem Historikerstreit über den Bombenkrieg entstand ein erstklassiges Propagandafeld für Neonazis und ihre "Trauermärsche". Zuletzt legten auch sie auf dem Heidefriedhof ihre Kränze nieder.

Die Politik, die Bürger reagierten verunsichert, unbeholfen, gleichgültig. 2005 liefen am 60. Jahrestag des Bombardements die Rechtsextremen mitten im Stadtzentrum. Und

dagegen entstanden, langsam, erste große symbolische Aktionen. Ein riesiger Kerzentepich auf dem Theaterplatz etwa oder die Initiative "Geh Denken", ein Versuch des aktiven Protestes gegen den Missbrauch der Opfer. Auch die Antifa lebte auf, ganz ohne Verständnis für Opfer aus Dresden: "No tears for krauts", skandierten ihre Anhänger.

Neonazis und Gegendemonstranten aus ganz Deutschland

Und die in Sachsen mächtige CDU? Sie verfolgte geradezu verbissen eine Vogel-Strauß-Politik. Im "stillen Gedenken" sah sie die einzig mögliche Umgangsform mit dem 13. Februar. Ihre Gegner riefen: Wer so gedenken will, lädt die Rechten zu sich ein.

Längst kommen die Neonazis und ihre Gegendemonstranten daher aus ganz Deutschland nach Dresden. Zu relevant ist der Ort, weil er für ein kollektives Scheitern im Umgang mit der eigenen Geschichte steht, für eine letzte Bastion, die nicht ehrlich mit sich ins Gericht geht. Als linke Gruppen im letzten Jahr einen "Täterrundgang" zu Dresdner Orten mit Nazivergangenheit durchführen wollten, verbot die Stadt das.

In diesem Jahr darf er stattfinden. Als dann bekannt wurde, dass die Stadt 2011 großflächig Handydaten von Demonstranten sammelte, ging ein Aufschrei durch Deutschland. Die Fortschritte der Dresdner Gedenkpolitik, sie sind auch hart erkämpft durch Importdemonstranten aus dem Rest der Republik.

Der Eindruck von den brennenden Barrikaden und den Verletzten des Jahres 2011 beförderte dann einen erstaunlichen Konvergenzprozess in der zerstrittenen Stadt. Noch vor Bekanntwerden des rechten NSU-Terrors zeichnete sich in der städtischen "Arbeitsgemeinschaft 13. Februar" endlich eine Entwicklung vom Neben- oder Gegeneinander zum Miteinander ab.

Der gemeinsame Aufruf zu einer großen Kundgebung in Hör- und Sichtweite des Naziaufmarsches, für die sächsische CDU und die FDP war er ein Riesenschritt. Langsam wieder, aber immerhin, so scheint es, lernen auch die Konservativen dazu.

Energisches "Zeichen gegen Rechts"

Schon im Frühherbst hatte der CDU-Ordnungsdezernent Detlef Sittel mit der Aufforderung überrascht, es sollten sich "wenigstens 50.000 Gegendemonstranten" einfinden. Und auch Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat unter dem Eindruck der Verbrechen der rechten Terrorzelle ein energisches "Zeichen gegen Rechts" in Dresden gefordert.

Vielleicht ist es nur pures Desinteresse, vielleicht aber auch die Angst, sich in dieser Gemengelage zu positionieren: Doch während Bundespolitiker aller Oppositionsparteien heute wie selbstverständlich nach Dresden reisen, wird von der Bundesregierung kein Vertreter an den Antinaziprotessen teilnehmen.

Das gab die Bundesregierung jetzt auf Anfrage der Linkspartei-Vorsitzenden Gesine Löttsch bekannt. Mehr noch: "In ihrer Funktion als Mitglieder der Bundesregierung haben in der 17. Wahlperiode weder die Bundeskanzlerin noch Bundesministerinnen oder Bundesminister an einer Demonstration gegen Rechtsextremisten teilgenommen."

Immerhin dies: Die sächsische CDU will auf dem Heidefriedhof nicht mehr in einer Reihe neben Neonazis stehen. Getrieben zu einer neuen Gedenkpolitik, ändert sich das Dresdner Gedenken in Trippelschritten.

Wenn am Montag um 15 Uhr die traditionelle Gedenkzeremonie stattfindet, dann mit einem Protokoll, das frisch geändert wurde. Statt Kränze sollen in diesem Jahr weiße Rosen niedergelegt werden, ohne die Neonazis. Und an welcher Stele jemand seine

weiße Rose niederlegt – ob an der Stele für Dachau oder dem Gedenkstein für Dresden –, das darf sich jeder selbst aussuchen.

<http://taz.de/Widerstand-gegen-Neonazi-Aufmarsch/!87584/>
